

Bezirkskonferenz
26. & 27. Mai 2018
Hannover



**Bezirk
Hannover**

BESCHLUSSBUCH

**„Es ist ein Fluch,
in interessanten Zeiten
zu leben.“** Hannah Arendt

Beschlussbuch zur Bezirkskonferenz 2018

Herausgeber*innen:

Jusos Bezirk Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Redaktion:

Florian W. Kolb

Stand:

6. Juli 2018

Hinweis:

Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz umfassen nur die nummerierten Zeilen.

Begründungen werden ausschließlich zum besseren Verständnis der Beschlüsse abgebildet und haben keine bindende Wirkung.

Inhaltsverzeichnis

AP – Arbeitsprogramm	5
„Es ist ein Fluch, in interessanten Zeiten zu leben.“ – Alles was früher optional war, wird heute zur Pflicht	5
A – Arbeit	16
Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! - Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte	16
Beendigung der sachgrundlosen Befristung	19
Europäische Mitbestimmung stärken	20
B – Bildung, Schule und Hochschule	23
Innere Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen in der Sekundarstufe I	23
Klassengrößen an Gesamtschulen	24
Wiedereinführung eines Dezernates und einer Inspektion für Gesamtschulen	25
Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen	26
D – Digitales und Medien	27
E-Sport endlich als Sportart anerkennen	27
E – Europa, Internationales und Intergalaktisches	29
Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus – „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“	29
Frieden für die kurdischen Regionen	30
Europa entdecken	31
Ostpolitik 3.0. Idealistisch. Progressiv. Solidarisch.	33
F – Feminismus	44
Kann das mit 30 noch was werden? Vom Quoten-Geben und Quoten-Leben	44
Quote fürs Parlament	46
Geschlechterneutrale WCs	49
G – Gesundheit und Körperpolitik	50
Meine Pille bekomme ich, wann ich sie brauche — und wo es mir passt	50
Das Wort Handicap aus dem Wortschatz streichen	51
Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen	52
„Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen	53
Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf	55
Organspende stärken!	56
Aufhebung der Altersgrenze in der Familienversicherung während der (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung	57
I – Inneres und Antifaschismus	58
Keine Werbung für Kindersoldaten – für einen kritischen Umgang mit der Bundeswehr	58
Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen	60
Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!	61
Pfand gehört daneben – überall	62

Resolution: Hinaus gegen Rechtspopulist*innen – in Berlin und überall!	64
O – Organisation	65
SPD erneuern – Mitgliederstrukturen stärken	65
Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.	66
U – Umwelt und Verbraucher*innenschutz	67
Mehr Recyclingpapier, statt illegaler Baumrodung!	67
Europaweite Lebensmittelampel	68
V – Verkehr	69
Erste-Hilfe-Kurse für Führerscheinbesitzer*innen wiederholen	69
Verkehrswende unterstützen – damit uns die Welt nicht davonfährt!	70
Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht	72
Verkehrsschilder fürs 21. Jahrhundert	73
W – Wirtschaft, Finanzen und ländlicher Raum	74
Legale Steuerhinterziehungen auf dem Wohnungsmarkt verbieten	74
Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“	75
Die Kritik an der Konsumkritik	77
Genossenschaftliche Wirtschaft fördern	78
Antworten auf die Fragen von Morgen liefern	80
Rücksicht gegenüber der Fläche!	82

AP – Arbeitsprogramm

„Es ist ein Fluch, in interessanten Zeiten zu leben.“ – Alles was früher optional war, wird heute zur Pflicht

Beschlusnummer 2018.AP

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

1 **Präambel**

2 Im Jahr 2018 stehen wir als Jusos Bezirk Hannover wieder vor großen Herausforderungen. Wir
3 werden uns intensiv auf die im Mai 2019 anstehende Europawahl vorbereiten. Gerade in Zeiten
4 des Rechtspopulismus und einer europäischen Abschottungspolitik müssen wir mit progressiven
5 Inhalten werben. Als Jusos im Bezirk Hannover wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass wir
6 gemeinsam einen erfolgreichen Wahlkampf für Europa hinlegen.

7 Soziale Ungerechtigkeiten, die der Kapitalismus hervorbringt sowie die Herausforderungen einer
8 globalisierten Arbeitswelt müssen von uns angegangen werden. Deshalb werden wir den Kampf
9 auch außerhalb des Europawahlkampfes weiterführen. Politische Bildung sehen wir als eine der
10 zentralen Grundlagen hierfür an.

11 Als Jusos im Bezirk Hannover wollen wir gemeinsam für eine bessere Welt streiten. Wir wollen
12 Diskriminierung – egal in welcher Form – entschieden entgegentreten. Ein gutes Zusammenleben
13 auf Basis linker Politik ist möglich und muss von uns in politischen Auseinandersetzungen immer
14 wieder erstritten werden. Auch deshalb werden wir die Debatte um #SPDerneuern leidenschaft-
15 lich vorantreiben und uns für eine echte und grundlegende Erneuerung unserer Mutterpartei
16 stark machen.

17 **Verband**

18 **Begleitung des Bundesvorstands**

19 Seit dem Bundeskongress 2017 ist der Juso-Bezirk Hannover mit Katharina Andres wieder im
20 Juso-Bundesvorstand vertreten. Die Arbeit des Juso-Bundesvorstands werden wir so noch akti-
21 ver begleiten können und weiterhin innerhalb der Verbandsarbeit auf Bundesebene eine tragen-
22 de Rolle übernehmen. Für uns ist es wichtig, die aktuellen Kampagnen des Bundesvorstands zu
23 hinterfragen und an unsere lokalen Gegebenheiten anzupassen. Wir wollen im Bezirk als Multi-
24 plikator*innen die Arbeit des Bundesverbandes weitertragen.

25 **Unsere Rolle im Verband**

26 In einem so großen Verband wie den Jusos können wir unsere Positionen nicht alleine durch-
27 setzen. Wir werden deshalb weiterhin mit den Verbänden zusammenarbeiten, die ähnliche po-
28 litische Auffassungen vertreten wie wir. Das bedeutet auch, dass wir nicht einfache Beobach-
29 ter*innen sein wollen, sondern uns aktiv, sowohl inhaltlich als auch personell, in die Meinungs-
30 bildung einmischen werden.

31 **SPD-Bezirk voranbringen und #SPDerneuern**

32 In den letzten vier Jahren ist es uns gelungen bei der SPD ein gutes Standing zu erarbeiten. Dar-
33 an wollen wir weiterhin anknüpfen. Grundsätzlich sind wir mit unserer Mutterpartei in kritischer
34 Solidarität verbunden - das bedeutet, dass wir zu unserer Partei stehen, aber gleichzeitig die Kri-
35 tik dort ansprechen, wo sie nötig ist. Vor allem im Rahmen von #SPDerneuern werden wir neue
36 Maßstäbe setzen. Wir wollen, dass wir von einer echten Erneuerung sprechen können und diese
37 nicht nur auf dem Papier geschieht. Hierzu brauchen wir umfassende Veränderungen und auch
38 Wechsel auf Führungsebene. Gleichzeitig sehen wir die Partei natürlich auch als unterstützen-
39 den Faktor unserer Arbeit. Wir wollen die Zusammenarbeit ausbauen und auch gemeinsam an
40 Veranstaltungsformaten arbeiten.

41 **Der Bezirksbeirat**

42 Zu einer Demokratie gehört auch immer ein Kontrollorgan. Die reibungslose und unterstützende
43 Zusammenarbeit mit unserem Bezirksbeirat ist uns daher sehr wichtig. Wir wünschen uns, dass
44 die Unterbezirke über den Bezirksbeirat zu Impulsgeber*innen des Bezirksvorstandes und unse-
45 rer Arbeit werden. Der Bezirksbeirat soll Ort lebendigen Austauschs und gemeinsamer Diskussion
46 sein.

47 **Unterstützung des Juso-Landesvorstands**

48 Wir sind überzeugt, dass die Struktur der Bezirke und des Landesverbands ein Erfolgsmodell ist.
49 Der Landesverband wird weiterhin in seiner landespolitischen Arbeit unterstützt.

50 **Zusammenarbeit mit Juso-Schüler*innen, den Juso-Hochschulgruppen und anderen** 51 **AGen/AKs**

52 Fachgruppen sind essentieller Bestandteil der Arbeit des Bezirksvorstandes. Mit ihrem Sachver-
53 stand zu diversen Themen, der Aktionsbereitschaft und dder Nähe zu Sachabläufen bereichern
54 Sie unseren Verband wo es nur geht. Uns ist es wichtig hierbei gegenseitige Unterstützung zu
55 erfahren. In unserem Bezirk befinden sich insgesamt drei Hochschulgruppen, in Lüneburg, Han-
56 nover und Göttingen. Gemeinsam mit diesen wollen wir Hand in Hand die Politisierung der Hoch-
57 schulen vorantreiben und der Hochschulpolitik den Stempel unserer Definition von Sozialismus
58 aufdrücken. Insbesondere die thematischen Schnittstellen, wie zum Beispiel sozialer und studen-
59 tischer Wohnraum, aber auch Freiheit und die Befreiung vom kapitalistischen Verwertungszwang
60 in der Hochschulpolitik, oder Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, werden wir nutzen und
61 unsere Zusammenarbeit hierin intensivieren.

62 **Mitgliederwerbung in Kooperation mit den Unterbezirken**

63 Die Unterbezirke sind die Basis unserer Mitglieder und zumeist der erste Berührungspunkt mit
64 den Jusos. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, Hand in Hand mit den Unterbezirken
65 Strukturen aufzubauen, welche Ihnen ein angemessenes Arbeiten ermöglichen. Insbesondere die
66 ländlich geprägten Unterbezirke abseits der Städte Hannover und Göttingen haben mit strukturel-
67 len Problemen z.B. der Fläche und schwindenden Mitgliedszahlen zu kämpfen. Genau an diesem

68 Punkt wollen wir ansetzen und planen in Absprache mit den Unterbezirken ein Mitgliederwerbe-
69 programm, welches insbesondere ländlicher geprägten Strukturen dabei helfen soll, wieder ver-
70 mehrt Mitglieder zu werben und dann schließlich einzubinden. Wir wollen auch daran arbeiten,
71 dass wir als Verband insgesamt vielfältiger und weiblicher werden.

72 **Die Unterbezirke unterstützen und regelmäßigen Austausch etablieren**

73 Einen starken Bezirk kann es nur mit starken Unterbezirken geben, deshalb werden wir auch
74 im nächsten Vorstandsyear den Unterbezirken mit Rat und Tat zur Seite stehen und sie so unter-
75 stützen. Durch verschiedene Formate, wie der Unterbezirkvorsitzendenkonferenz oder den Aus-
76 tauschtreffen, wollen wir im regelmäßigen Dialog sein. Auch Unterstützung bei der politischen
77 Bildungsarbeit vor Ort, z.B. durch die Seminare auf Abruf, wollen wir leisten.

78 **Unsere Bündnisarbeit**

79 Ohne unsere Partner*innen haben wir nur halb so viel Fachwissen. Deshalb wollen wir sowohl
80 innerhalb des Verbandes, aber auch mit anderen uns nahestehenden Gruppen immer wieder
81 die thematische Zusammenarbeit suchen und eingehen. Hiermit sind insbesondere Bündnisse
82 zu Themen wie Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik in Kooperation mit den Gewerkschaften ge-
83 meint, oder aber der Kampf für die Legalisierung von Cannabis mit der Grünen Jugend.

84 **Enge Vernetzung mit anderen Bezirken und Landesverbände**

85 Wir wollen weiterhin eng mit anderen Bezirken und Landesverbänden zusammenarbeiten, so-
86 wohl innerhalb Niedersachsens, als auch außerhalb.

87 **Unterstützung bei Wahlkämpfen**

88 Im kommenden Jahr stehen in Bayern und Hessen Landtagswahlen an. Wir wollen unsere Ge-
89 noss*innen solidarisch im Wahlkampf unterstützen. Dabei soll die Unterstützung von jungen und
90 weibliche Kandidierenden mit einer progressiven linken Politik im Vordergrund stehen.

91 **Inhalte**

92 **Feminismus, Internationalismus, Sozialismus**

93 Wir Jusos verstehen uns als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungs-
94 verband. Unser Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus hin zu einem sozialistischen Gesell-
95 schaftssystem. Wodurch ein freies und gleiches Leben, frei von Unterdrückung und Ausbeutung
96 für alle verwirklicht werden soll. Dieses Jahr feiern wir 30 Jahre Frauen*quote und 100 Jahre Frau-
97 en*wahlrecht. Gleichzeitig sind im aktuellen Bundestag mit 31 % so wenig Frauen vertreten, wie
98 seit 19 Jahren nicht mehr. Das zeigt, dass unsere Gesellschaft weiterhin Feminismus braucht.
99 Wir erleben heute immer noch ungerechte Behandlung und Diskriminierung von Frauen*, da-
100 her müssen wir weiterhin für eine freie, gleiche und selbstbestimmte Gesellschaft kämpfen, die
101 frei von Sexismus und patriarchalen Strukturen ist. Der Kampf für eine solidarische Gesellschaft
102 endet nicht an nationalen Ländergrenzen, sondern ist international. Wir stehen für eine gerechte
103 Weltordnung frei von nationalistischen Denkweisen.

104 **Antifaschismus**

105 In Zeiten, in denen rassistische und nationalistische Kräfte in unseren Parlamenten sitzen, müs-
106 sen wir diesen noch stärker entgegentreten. Wir Jusos sind auch ein antifaschistischer Verband
107 und das zeigen wir auch. Wir werden auf Demonstrationen gegen dieses Gedankengut eintreten,

108 uns aber auch theoretisch damit auseinandersetzen und aufzeigen, dass nur eine offene, toleran-
109 te und solidarische Gesellschaft eine wirkliche Alternative ist. In diesem Zusammenhang wollen
110 wir uns auch mit unseren Bündnispartner*innen vernetzen und mit ihnen gemeinsam den anti-
111 faschistischen Kampf antreten. Außerdem wollen wir eine Kampagne gegen den wiederaufkom-
112 menden Nationalismus starten, um zu einer Aufklärung in diesem Bereich beizutragen und diese
113 Entwicklung zu bekämpfen.

114 **Strategien gegen AfD**

115 Seit der letzten Landtagswahl ist die Alternative für Deutschland auch im niedersächsischen Land-
116 tag vertreten. Damit ist die AfD nun in fast allen Landtagen, im Bundestag und im Europäischen
117 Parlament vertreten. Dort und außerhalb der Parlamente fällt sie hauptsächlich durch rechtspo-
118 pulistische bis rechtsextreme und menschenverachtende Anträge und Bestrebungen auf. Gegen
119 diese Partei und ihre Ziele und Methoden vorzugehen gehört zu den wesentlichen Aufgaben der
120 Jusos als linke Jugendbewegung. In diesem Sinne wollen wir uns im nächsten Jahr damit beschäf-
121 tigen eine effektive Strategie im Umgang mit der AfD zu entwickeln, um dieser Partei und dem
122 damit einhergehenden Gedankengut keinen Platz in unserer Gesellschaft zu lassen.

123 **Theorie- und Grundlagenarbeit**

124 Die Theorie- und Grundlagenarbeit ist essentiell für unsere Arbeit. Deshalb wollen wir mit unse-
125 ren Bildungsangeboten auch diese Bereiche abdecken und mitdenken.

126 **Bildungspolitische Arbeit vor Ort**

127 Die bildungspolitische Arbeit ist eine unserer zentralen Aufgabenbereiche. Wir möchten durch
128 unsere Denkfabriken, die Seminare auf Abruf und Diskussionsveranstaltung unsere Mitglieder
129 inhaltlich weiterbilden und unsere Unterbezirke bei ihrer bildungspolitischen Arbeit vor Ort un-
130 terstützen.

131 **Den Fokus neu setzen**

132 Wir wollen uns bei unseren Denkfabriken neben den drei Verbandssäulen und der Grundlagenar-
133 beit für jedes Wochenende auf ein Hauptthema innerhalb des Themenkomplexes konzentrieren,
134 um stringenter in eine Richtung zu arbeiten.

135 **Israelsolidarität und unser Kampf gegen Antisemitismus**

136 Als Jusos im Bezirk Hannover teilen wir die Auffassung, dass das Existenzrecht des Staates Israels
137 unantastbar ist. Der Kampf gegen neue und alte antisemitische Muster gehört selbstverständlich
138 und aus einer historischen Verantwortung heraus zu unserer Überzeugung. Den Kampf gegen An-
139 tisemitismus werden wir auch beständig in unsere politische Bildungsarbeit einfließen lassen.

140 **Den Kapitalismus überwinden und soziale Ungerechtigkeiten bekämpfen**

141 Der Sozialismus ist eine der drei Säulen unseres Verbandes. Im kommenden Jahr wollen wir die-
142 se Säule wieder verstärkt mit Leben füllen und für uns und unseren Verband diskutieren, was
143 Sozialismus heißt und wie wir gemeinsam mit der SPD den Kapitalismus und die Missstände der
144 momentanen kapitalistischen Situation überwinden können. Hierbei sind insbesondere die be-
145 reits gefassten Beschlüsse zu untersuchen und auszuweiten. In dem 200. Jahr nach der Geburt
146 Karl Marx ist es Zeit den Kapitalismus endlich in seine Endstufe zu tragen und somit die gerechte
147 Gesellschaft der freien und gleichen zu erreichen.

148 Hierbei muss es zwangsläufig auch um das Thema Armut und demnach Solidarität gehen. In was
149 für einer Gesellschaft wollen wir leben? Wer kann von wem wie viel Solidarität verlangen und

150 auch erwarten? Unserer Meinung nach ist es Zeit viel stärker die Frage nach gesellschaftlicher
151 Gerechtigkeit zu stellen, mit all den Themen die hiermit zusammenhängen. Die Thematisierung
152 einer gerechteren Besteuerung von reichen und super-reichen, der Wandel der Arbeitswelt und
153 das mitnehmen vieler gesellschaftlicher Gruppen in diesem Wandel und insbesondere auch die
154 Internationalisierung.

155 **Ökologie und Nachhaltigkeit**

156 Die Umwelt ist essentieller Bestandteil und Voraussetzung alles menschlichen Zusammenlebens.
157 Dies jedoch, steht momentan auch von prominenter Seite immer weiter zur Disposition. Thema-
158 tisch liegt es an uns, sich Gedanken zu machen wie die Umwelt effektiv geschützt werden kann
159 und wie der Mensch im Einklang mit dieser leben kann. Zu bedenken ist hierbei insbesondere,
160 dass es nur im Sozialismus eine ökologisch nachhaltige Lebensweise geben kann. Dies muss Ma-
161 xime unseres Handelns sein.

162 **Gleichstellungspolitische Errungenschaften und Herausforderungen verbinden**

163 Die SPD feiert in diesem Jahr „30 Jahre Quote“ – diese Feierlichkeiten werden in aktuelle gleich-
164 stellungspolitische Kämpfe einbetten. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass die SPD eine
165 progressive Veränderung hinsichtlich des Abtreibungsgesetzes im Bundestag erwirkt. Insbeson-
166 dere die Abschaffung des §219a – Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft – werden wir
167 weiterhin einfordern.

168 **Europawahlkampf – It's Europe, Baby!**

169 2019 wird in Europa gewählt. Wir dürfen Europa nicht den Euroskeptiker*innen und Rechtspopu-
170 list*innen überlassen, die für Nationalismus und Abschottung Europas stehen. Noch nie herrschte
171 solange Frieden in Europa wie jetzt, daher müssen wir das Projekt Europa verteidigen und wei-
172 terentwickeln. Wir stehen für ein soziales Europa und nicht für eine reine Wirtschaftsunion. Im
173 nächsten Vorstandsjahr steht vor allem der Europawahlkampf und dessen Vorbereitung im Fokus
174 unserer Arbeit. Die gemachten Fehler des Bundestagswahlkampfes wurden ausreichend analy-
175 siert. Jetzt ist es an der Zeit aus diesen Fehlern zu lernen und gemeinsam für ein freies, offenes
176 und vielfältiges Europa zu kämpfen. Wir wollen in unserem Jugendwahlkampf die Begeisterung
177 von jungen Leuten für Europa wieder entflammen und für eine starke sozialdemokratische Partei
178 im Europaparlament kämpfen.

179 Daneben möchten wir dafür werben, dass Bernd Lange als linker Abgeordneter der niedersächsi-
180 schen SPD wiedergewählt wird. Geplant ist derzeit für den Europawahlkampf wieder ein Bezirks-
181 bus, mit dem wir durch den Bezirk touren werden, um unsere Inhalte zu streuen. Dieser wird
182 neben Jusos auch Materialien und Aktionen, die man flexibel vor Ort durchführen kann, zu euch
183 bringen. Wir wollen euch aktiv unterstützen und so in alle Bereiche des Bezirks kommen.

184 **100 Jahre Frauen*wahlrecht**

185 In Zeiten, in denen der Antifeminismus immer stärker wird, sollten wir den Feminismus und
186 Fortschritte in diesem Zusammenhang noch mehr feiern als sonst. Dieses Jahr wird das Frau-
187 en*wahlrecht 100 Jahre und das wollen wir feiern und begleiten. Was hat sich seitdem getan?
188 Was steht in den nächsten 100 Jahren an? Diese und mehr Fragen wollen wir uns stellen und
189 anfangen zu beantworten.

190 **Die Zukunft der Arbeitswelt**

191 Die Arbeitswelt befindet sich immer noch in einem rasanten Wandel. Obwohl bereits viel dazu ge-
192 sagt worden ist, finden sich noch immer keine abschließenden Lösungen dazu, wie die Arbeitswelt

193 von morgen aussehen soll. Die Proteste gegen TTIP und CETA haben zusehends gezeigt, dass sich
194 viele Menschen eine nationalisierte Wirtschaft wünschen, weil sie sich im globalen Wettbewerb
195 verloren sehen. Dem stehen wir klar entgegen. Wie sich allerdings dieser internationalisierte Ar-
196 beitsmarkt gestalten lässt und wie dafür gesorgt wird, dass die Zahl der sogenannten Globalisie-
197 rungsverlierer*innen so klein wie möglich gehalten wird, gilt es im nächsten Vorstandsjaar zu
198 diskutieren.

199 **Digitalisierung**

200 Mit dem Beginn der Digitalen Revolution und der damit einhergehenden Digitalisierung begann
201 ein gesellschaftlicher Wandel in vielen Bereichen des Lebens. Wir wollen uns im nächsten Jahr
202 sowohl mit der historischen Entwicklung hin zur Digitalisierung, als auch mit den Folgen für die
203 Gesellschaft beschäftigen. Dazu gehört für uns zum einen eine theoretische Betrachtung der Di-
204 gitalisierung, und zum anderen auch die Frage nach möglichen Folgen und Chancen für die Ge-
205 sellschaft und für den Sozialismus.

206 **Links leben – Was bedeutet das?**

207 Der strukturelle Umbruch der Parteienordnung in der Europäischen Union hat spätestens mit
208 dem flächendeckenden Aufblühen von rechtspopulistischen Bewegungen europaweit begonnen.
209 Wir als Jusos müssen innerhalb der SPD ein starkes Korrektiv sein und dafür sorgen, dass die SPD
210 wieder zu einer linken Volkspartei wird und demnach auch eine ernsthafte Chance auf Regie-
211 rungsbeteiligung in der Mehrheitsrolle erreicht. Hierbei ist es essentiell, dass wir für uns ausge-
212 stalten, was wir genau unter linker Politik verstehen. Welche Fragen müssen für uns auf jeden Fall
213 beantwortet werden? Wie steht es um die soziale Frage und den Zusammenhalt der Gesellschaft?
214 Wie wollen wir morgen zusammenleben? All dies sind Fragen, die wir im Laufe des nächsten Jah-
215 res diskutieren wollen, um benötigten starke linke Antworten finden.

216 **Öffentlichkeitsarbeit**

217 Wir wollen als Vorstand so transparent wie möglich arbeiten. Deshalb werden wir unsere Ter-
218 mine so früh wie möglich kommunizieren und diese auch auf der Homepage und im Newsletter
219 veröffentlichen. Auch unsere Arbeitsprozesse sollen so transparent wie möglich kommuniziert
220 werden.

221 **Juso-Merchandise herstellen**

222 Als Jusos im Bezirk Hannover wollen für unsere Mitglieder sichtbar sein. Daher werden wir uns
223 zeitnah und angelehnt an unsere Kampagnen um spezifisches Juso-Merchandise kümmern. Die
224 Materialien sollen von den Unterbezirken auch zur Gewinnung von Neumitgliedern genutzt wer-
225 den können.

226 **Zielgruppenspezifisch arbeiten und Kontakt ausbauen**

227 In der Öffentlichkeitsarbeit wollen wir im kommenden Vorstandsjaar insbesondere mit diversen
228 Bündnispartner*innen zusammenarbeiten und schauen, inwiefern wir themenspezifisch die Ko-
229 operationen finden können. Das Erstellen von Zielgruppen und der regelmäßige Kontakt zu die-
230 sen ist insbesondere ein Vorhaben, welches wir verfolgen wollen. So halten wir Kontakt zu Ex-
231 pert*innen in diversen Bereichen und reichern außerdem unsere eigene Arbeit an.

232 Um unsere Mitglieder zielgerichtet zu erreichen und auch spontan auf Dinge hinzuweisen, möch-
233 ten wir einen WhatsApp-Broadcast einfügen. Damit haben wir im Bundestagswahlkampf schon

234 gute Erfahrungen gesammelt und erhoffen uns gegen die unübersichtliche E-Mailflut anzukom-
235 men.

236 **Social Media Arbeit im Bezirk**

237 Social Media ist aus einer modernen Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr wegzudenken, in den ver-
238 gangenen Jahren haben wir hier mit klaren und aufwendigen Posts gegläntzt, die sich sehr direkt
239 an bestimmte Zielgruppen gewendet haben und so eine große Reichweite erzielen konnten. Im
240 kommenden Jahr soll unsere gute Social Media Arbeit im Rahmen unserer Kapazitäten fortgeführt
241 werden.

242 **Unser Verbandsmagazin gestalten: DeFaMag breiter aufstellen**

243 Das DeFaMag soll sich weiter öffnen. Die Erstellung des DeFaMag war mit großen Arbeitsaufwand
244 verbunden. Wir wollen im kommenden Jahr versuchen, das Magazin offener und mit allen Jusos
245 aus dem Bezirk, die Spaß an redaktioneller Arbeit haben, gestalten. Zudem soll der Fokus weg von
246 einem sehr theoretischen Magazin, dass auch wissenschaftliche Artikel veröffentlicht und hin zu
247 einem MitgliederMagazin mit einem größeren Fokus auf unsere Mitglieder. Es könnte auch als
248 Blog erscheinen.

249 **Arbeitsweise**

250 **Dezentralität und Zentralität kombinieren**

251 Im Sinne einer schlanken Arbeitsstruktur werden wir unsere Vorstandssitzungen zentral und effi-
252 zient durchführen. Hier werden wir uns auf Organisation beschränken. Dezentralität werden wir
253 weiterhin hinsichtlich unserer Bildungsarbeit und bei konkreten Anfragen aus Unterbezirken im
254 Blick haben. Selbstverständlich werden wir als Vorstand mindestens eine Klausurtagung abhalten
255 und uns über Aktionen im Bereich des Team-Buildings besser kennenlernen.

256 Als Vorstand wollen wir konstruktiv und solidarisch zusammenarbeiten. Die gemeinsame ehren-
257 amtliche Arbeit soll Spaß machen. Wir halten uns an offene und transparente Kommunikations-
258 wege und binden alle Mitglieder gleichermaßen ein. Als Bezirksvorstand wollen wir nicht nur
259 nach außen offen und transparent arbeiten, sondern auch nach innen. Klare Organisationsabläu-
260 fe und konkrete Zuständigkeiten sollen unser Zusammenwirken vereinfachen und eine gleiche
261 Teilhabe an der Vorstandsarbeit garantieren. Die Zuständigkeiten sollen auch, soweit sinnvoll, auf
262 der Homepage veröffentlicht werden, damit die Arbeit des Vorstands so transparent wie möglich
263 stattfindet.

264 **Inhalte stärker mit Leben füllen**

265 Theorie ist die Grundlage allen Handelns, doch ohne Praxis werden wir leider zumeist nicht wahr-
266 genommen. Aufgrund dieser Tatsache wollen wir die Inhalte, die wir vertreten im kommenden
267 Vorstandsjahr noch stärker als bisher mit Leben füllen. Wir denken insbesondere an die Teilnah-
268 me an Veranstaltungen, Demonstrationen, sowie die Veröffentlichung von Papieren. Die Koope-
269 ration mit diversen Partner*innen und die interne, sowie externe Weiterbildung sind hierbei die
270 Grundlage.

271 **Kommunikation und Zusammenarbeit mithilfe digitaler Errungenschaften**

272 Das Internet ist eben kein Neuland mehr. Digitalisierung ist neben dem Wahlkampf auch ganz
273 konkret im Leben der meisten jungen Menschen angekommen und spielt ebendort eine unglaublich
274 wichtige Rolle. Aus diesem Grund wollen wir versuchen die Möglichkeiten des Internets so
275 gut es geht zu nutzen um die Arbeit des Vorstandes zu bewältigen.

276 **Projekte**

277 **Role Model Veranstaltungen für Frauen***

278 Als Jusos im Bezirk Hannover wollen wir unsere Frauen*-Vernetzungstreffen fortführen. Hier-
279 für wollen wir eine klare Struktur implementieren. Wir wollen sogenannte „Role Model“-
280 Veranstaltungen für Frauen* mit weiblichen Mitgliedern des Landes- und Bundestags sowie von
281 kommunaler Ebene durchführen. Es soll zu einem aktiven Austausch kommen und so Frauen*
282 motivieren und zu einem breiten Austausch führen. Gleichzeitig können wir uns gegenseitig be-
283 stärken, gleiche Problemlagen erkennen und die gläserne Decke hinter uns lassen!

284 **Unsere Awarenessarbeit**

285 Wir wissen, dass wir sowohl in der SPD, aber auch in unserem eigenen Verband noch viel zu
286 tun haben. Wir sind ein feministischer Richtungsverband, daran gibt es nichts zu rütteln. Das
287 möchten wir weiterhin mit Leben füllen. Wir haben Best Practice Beispiele, wir haben Vernet-
288 zungstreffen der aktiven Frauen* im Verband abgehalten und wir haben eine funktionierende
289 Awarenesssteamstruktur. Trotzdem hören und erleben wir, dass die Zahl aktiver Frauen in den
290 Unterbezirken und natürlich auch auf Bezirksebene selbst sehr gering ist. Hier müssen wir noch
291 enger mit den Unterbezirken vor Ort zusammenarbeiten, die Situation analysieren und kritisch
292 hinterfragen. Wir dürfen nicht nur auf dem Papier ein feministischer Richtungsverband sein –
293 Feminismus und Gleichstellung müssen aktiv gelebt werden. Schutzräume zum Austausch, wie
294 beispielsweise unsere Geschlechterplena, sowie inklusive, zielgerichtete Kampagnen und Awa-
295 renessteams können hier nur ein Anfang sein. Unsere erfolgreiche Awarenessarbeit wollen wir
296 natürlich aufrecht erhalten, weitere Menschen hierfür schulen und über diese Struktur ansprech-
297 bar sein. Wir möchten mit euch die Vielfalt in unserem Verband fördern. Barrierefreiheit und die
298 Sensibilisierung für LGBTIQ*-Themen sind immer noch Bereiche, mit denen wir uns nur marginal
299 beschäftigen. Dies gilt es in Seminaren zu thematisieren und die Atmosphäre offen und inklusiv
300 zu gestalten.

301 Besonders im Bereich Feminismus erleben wir den derzeitigen gesellschaftlichen Rollback oft be-
302 sonders hart. Dass Feminist*innen schon viel erreicht haben, sehen wir eben auch an diesen
303 Reaktionen, die vielen Frauen* entgegenschlagen. Es geht uns jedoch um Gerechtigkeit, um eine
304 bessere Gesellschaft, in der Frauen* nicht aufgrund ihres Geschlechts das Nachsehen haben. Für
305 diese Erkenntnis möchten wir gemeinsam mit euch werben!

306 **Broschüre zu Antisemitismus**

307 In unserem Bezirk gibt es viele Themen, in denen wir eine klare und gut zu begründende Mei-
308 nung haben. Genau diese wollen wir mit anderen Ebenen der SPD und der Jusos teilen. Dazu
309 haben wir uns überlegt, Thesenpapiere zu unterschiedlichen Themen herauszugeben, beispiels-
310 weise zu Antisemitismus. Diese Papiere planen wir sowohl in digitaler Form, als auch zum Teil
311 gedruckt auszugeben. Hiermit versuchen wir Arbeitsmaterialien für unterschiedliche Ebenen be-
312 reitzustellen und an unseren Positionen zu feilen, sowie diese zu konkretisieren.

313 **Dossier „Wie arbeitet der Bezirksvorstand? Wie kann ich mich engagieren?“**

314 Es soll eine neue Rubrik auf der Homepage geben: „Wie kann ich mich im Bezirk engagieren?“.
315 Dort sollen mögliche Arten des Engagements aufgeführt werden und Ansprechpersonen benannt
316 werden. So wollen wir Interessierten eine Mitarbeit erleichtern. Außerdem soll auf der Homepage
317 die Arbeitsweise des Bezirksvorstands erklärt werden, sodass die Arbeit transparenter wird.

318 **Delegationsreise**

319 Die anstehende Europawahl im nächsten Jahr bietet die perfekte Gelegenheit einer Delegations-
320 reise. Europa ist mehr als nur die Wirtschaftsunion, es ist konkret die Zukunft aller jungen Men-
321 schen. Aus diesem Grund wollen wir versuchen uns so gut es geht mit anderen sozialistischen
322 Jugendorganisationen in Europa zu vernetzen und versuchen im Vorfeld des Europawahlkamp-
323 fes eine Delegationsreise zu organisieren.

324 **„Aufstehen gegen Rassismus“ in Uelzen am 25.08.2018**

325 Das seit zwei Jahren stattfindende Festival ist nicht nur für Uelzen, sondern für die Region (und
326 den BeVo) seit Jahren ein gesellschaftliches Großereignis. So wollen wir auch in diesem Jahr die
327 Genoss*innen vor Ort mit dem Juso-Stand bei der Durchführung des Festivals tatkräftig unterstüt-
328 zen.

329 **Ländlicher Raum**

330 Der Bezirk Hannover ist ein Bezirk des ländlichen Raumes. Nicht nur einzelner Unterbezirke
331 sind durch und durch ländlich geprägt, sondern auch ein Großteil der Fläche der Metropol-
332 Unterbezirke Hannover und Göttingen besteht aus ländlichem Raum.

333 Wir begreifen uns als Flächenverband und sehen es als unsere Pflicht für alle Mitglieder im Rah-
334 men unserer Veranstaltungen Anlaufstellen zu schaffen. Unsere Veranstaltungen sollen so statt-
335 finden, dass eine Anreise und Teilnahme aus allen Teilen des Bezirkes mit einem ähnlichen Auf-
336 wand verbunden ist.

337 Gleichzeitig müssen wir uns vor Augen halten, dass sich nicht nur unsere Gesellschaft verän-
338 dert, sondern auch unsere Lebensweisen und Strukturen. Hier müssen wir den viel beschrie-
339 ben Wandel zu einer fortschrittlichen und nachhaltigen Gesellschaft gemeinsam thematisieren
340 und Konzepte erarbeiten. Denn dieser geschieht in Stadt und Land gleichermaßen und gewinnt
341 dadurch besonderer Relevanz. Deshalb wollen wir den Diskussionsprozess fortführen und ge-
342 meinsam Antworten auf die Fragen von Morgen im Rahmen einer kooperativen Arbeitsgruppe
343 finden.

344 **Exkursionen**

345 Im Zuge unserer politischen Arbeit wollen wir uns mehr im Sinne der Doppelstrategie engagieren
346 und Gewerkschaftsjugenden und ähnliche Bündnispartner*innen kennenlernen. Dies kann zum
347 Beispiel mit einem Besuch bei Betrieben realisiert werden.

348 **Aktionstage gegen.../für...**

349 Die Denkfabriken sind eine tragende Stütze der Bildungsarbeit innerhalb des Bezirkes. Neben
350 diesen planen wir allerdings auch noch Aktionstage für und Aktionstage gegen. In diesem Format
351 sollen sich Menschen, welche sich grundlegend für ein Thema interessieren versammeln können
352 und bei eintägigen Workshops diskutieren. Hierbei steht die grundlegende theoretische Bildung
353 im Vordergrund.

354 **Fachgruppen zu Themen**

355 Die Fachgruppen sind die Anknüpfung an die Aktionstage für und gegen. Hierbei handelt es sich
356 um Gruppen von internen und externen Aktiven, die sich mit einem Thema besonders auskennen
357 bzw. sich für dieses besonders interessieren. Thematische Arbeit soll in eintägigen Workshops
358 stattfinden, welche sich dann besonderen Aspekten der jeweiligen Themen widmen. Hierbei kom-
359 men auch die Fach- und Zielgruppenverteiler zum Einsatz. Aus der Masse der Diskussionen von
360 verschiedenen tiefer im Thema steckenden Menschen erhoffen wir uns einen inhaltlichen Pro-
361 gress in Themenbereichen, wo momentan noch Expertise fehlt.

362 **Aktiventreffen zu spezifischen Themen**

363 Mit sogenannten Aktiventreffen sind insbesondere solche Treffen gemeint, welche in Netzwerken
364 und themenspezifisch zustande kommen. So nehmen wir uns vor, zu diversen Themenbereichen
365 jeweils alle aktiven Mitglieder und Fachmensen (auch aus der Bündnisarbeit) einzuladen und
366 somit zum einen Netzwerke aufzubauen und auf der anderen Seite thematische Fortschritte zu
367 machen. Die genaue Ausgestaltung der Treffen wird durch den Vorstand noch ausgearbeitet wer-
368 den.

369 **Juso-Treffen als Austauschplattform**

370 Wir Jusos sind stärker zusammen. Deshalb möchten wir Juso Treffen organisieren, die der reinen
371 Vernetzung dienen. So können sich Jusos aus verschiedenen Unterbezirken im Bezirk kennen-
372 lernen und austauschen. Dadurch können Stärken der Unterbezirke besser genutzt werden und
373 auch andere profitieren davon.

374 **UB-Vorsitzendenkonferenz**

375 Wir werden versuchen wieder eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz auf die Beine zu stellen.
376 An einem oder mehreren Tagen soll es die Möglichkeit für alle Unterbezirksvorsitzenden, und eine
377 noch festzulegende Anzahl von Stellvertreter*innen geben, sich auszutauschen. So sollen Syner-
378 gieeffekte genutzt werden und sich die Unterbezirke wieder enger miteinander vernetzt werden.
379 Thematisch soll es eine Abfrage bei den Unterbezirken geben, welche Inhalte für dieses Format
380 gewünscht werden.

381 **Seminare auf Abruf**

382 Ein weiterer wichtiger Bestandteil unseres Seminarkonzepts, und damit der Bildungsarbeit, sol-
383 len die Seminare auf Abruf bleiben. So wird jedes Vorstandsmitglied Seminare zu inhaltlichen
384 oder organisatorischen Themen anbieten, die dann von den Unterbezirken abgerufen werden
385 können.

386 Der Katalog der Seminare auf Abruf soll an alle Unterbezirke geschickt werden und auf der Home-
387 page veröffentlicht werden, sodass ihn alle einsehen können. Außerdem soll es die Möglichkeit
388 geben, dass Unterbezirke auch Inhalte anfragen, die nicht im Katalog stehen. Der Bezirksvorstand
389 bereitet sich dann darauf vor oder findet gemeinsam mit dem Unterbezirk eine*n mögliche*n
390 Referent*in.

391 **Denkfabriken/Seminarwochenende**

392 Die Seminarwochenenden bilden einen wichtigen Teil unserer Bildungsarbeit. Dabei wollen wir
393 die beliebten Denkfabriken als Konzept beibehalten. Sie sollen sich thematisch an unseren
394 Grundsäulen orientieren und den verschiedenen Wissensstand der Teilnehmer*innen berücksich-
395 tigen und auf diesem aufbauen. Die bevorstehende Europawahl nächstes Jahr wollen wir in
396 die Denkfabriken einbinden und uns so auf sie vorbereiten.

397 **Oberthemen für Denkfabriken**

398 Im nächsten Jahr wollen wir vermehrt mit Oberthemen auf unseren Seminarwochenenden arbei-
399 ten. So haben wir die Gelegenheit, uns mit einem Thema vertieft zu beschäftigen und dieses in
400 seiner Gänze zu betrachten.

401 **Abendveranstaltung in Denkfabriken einbetten**

402 Um unserer Denkfabriken noch weiter zu verbessern und die Abendgestaltung interessanter zu
403 machen, wollen wir im kommenden Jahr die Abendveranstaltungen in unsere Denkfabriken ein-
404 betten. Dies soll vor allem mit Hilfe einer inhaltlichen Fortführung des Tagesinhalts durch, zum
405 Beispiel, eine passende Filmvorführung oder anderweitige passende Aktivitäten umgesetzt wer-
406 den.

407 **Gemeinsames Seminar der Bezirke & Bremen**

408 Wir wollen das gemeinsame Seminar der niedersächsischen Bezirke und Bremen wieder statt-
409 finden lassen. Ziel ist es, persönlich und inhaltlich noch näher zusammen zu rücken. Es sollen
410 verschiedene inhaltliche Schwerpunktthemen gesetzt werden. Auch hier wollen wir uns schon
411 auf die Europawahl anfangen vorzubereiten.

A – Arbeit

Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte

Beschlusnummer 2018.A1

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag und SPD-Bundesparteitag

1 Die Jusos stehen genau wie die SPD in einer sehr langen Tradition der Arbeiter*innenbewegung.
2 Die Stärkung der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeiter*innen und auch aller anderen Ar-
3 beitnehmer*innen sind für uns daher ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil unseres
4 politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in dieser Frage unsere natürlich Bündnispart-
5 nerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes haben wir gemeinsam viele Errungenschaften
6 erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und müssen daher stets ver-
7 teidigt, erhalten und ausgeweitet werden. Hierbei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass
8 sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dynamik weiterent-
9 wickelt und damit auch die Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor
10 allem für die Arbeitnehmer*innen ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21.
11 Jahrhundert sozialdemokratische Antworten braucht. Einige dieser konkreten Herausforderun-
12 gen und die aus ihnen erwachsenden Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

13 **Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt**

14 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organi-
15 sationsgrad von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsver-
16 hältnissen, die von Gewerkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies
17 führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Tarifparteien und höhlt die Tarifautonomie aus.
18 Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Er-
19 gänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen sind, die den Rahmen der Tarifautono-
20 mie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken setzen. Daher sollten staatliche
21 Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine falsche und unange-
22 brachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung und den
23 Mut zur Veränderung.

24 **Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen – Schluss mit der Teilzeitfalle**

25 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an Bedeu-
26 tung. Viele Arbeitnehmer*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von ihnen
27 verlangen, dass sie sich zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen Anforderungen
28 orientieren. Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler

29 wird: die Teilzeitfalle. Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur selten wieder in eine Anstellung in
30 Vollzeit zurück. Das kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss das auch dürfen!

31 Wir fordern:

- 32 • ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer verein-
33 barten automatischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.
- 34 • einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rückkehr
35 von Teil- in Vollzeit für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet ist.

36 **Nur Ausbeutung gehört befristet – Schluss mit der willkürlichen Befristung**

37 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine
38 mittel- oder langfristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört überwun-
39 den!

40 Deshalb fordern wir:

- 41 • die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.
- 42 • der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen Me-
43 chanismus entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.
- 44 • eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsverhält-
45 nissen um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

46 **Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung – Schluss mit der Ungleichbehandlung von** 47 **Leiharbeiter*innen**

48 Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die je-
49 weiligen Stammbesetzungen. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer*innen 2. Klasse
50 behandelt. Das muss aufhören!

51 Wir fordern:

- 52 • die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammbesetz-
53 schaft – sowohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.
- 54 • zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.

55 **Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen**

56 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und den so-
57 zialen Sicherungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unterbunden wer-
58 den. Damit sorgen wir zugleich für einen immensen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen
59 Arbeitsplätzen - vor allem in den Bereichen, in denen Scheinselbstständigkeit heute noch weit ver-
60 breitet ist.

61 Wir fordern also:

- 62 • Scheinselbständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzu-
63 gehen.

64 **App statt Stechuhren? - Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten** 65 **Arbeitswelt**

66 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer*innen als Vorteil empfunden werden, aber es
67 stecken in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben und auszu-
68 hebeln. So werden in Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch durch Freizeit
69 ausgeglichen oder finanziell vergütet. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang stellt auch
70 die Durchsetzung des wichtigen und notwendigen flächendeckenden Mindestlohns dar.

71 Wir fordern:

- 72 • einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Ar-
73beitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.
- 74 • gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutsch-
75land endlich Einhalt gebietet.
- 76 • die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.
- 77 • dass jede*r das Recht besitzt, optional zu wählen, ob geleistete Mehrarbeit (Überstunden) in
78 monetäre Form oder in Freizeit umgewandelt werden soll.

79 **Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen - Für europäische und globale** 80 **Arbeitnehmer*innenrechte**

81 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die Bundes-
82republik Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen ähneln sich in
83 vielen Nationalstaaten, die leider immer noch allein und individuell nach Lösungen suchen und
84 diese Konzepte für sich erproben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitnehmer*innen auf der Welt tei-
85len: menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einer gerechten Bezahlung für ausnahmslos alle!
86 Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die europäischen und auch die globalen Bemü-
87hungen vorangetrieben werden, damit menschenverachtende Arbeitsbedingungen und unwür-
88dige Entlohnung überall auch so benannt und bekämpft werden kann und nicht zu sogenannten
89 "guten Standortbedingungen" verklärt werden. Daher muss das mittel- bis langfristige Ziel sozi-
90aldemokratischer Arbeitspolitik sein, unsere Ziele und Maßnahmen auch europaweit und inter-
91national durchzusetzen. Bei diesem Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind
92die Gewerkschaften unsere wichtigsten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisa-
93tionen jenseits der Grenzen von Nationalstaaten weiterentwickeln müssen.

Beendigung der sachgrundlosen Befristung

Beschlusnummer 2018.A2

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag und SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern die Beendigung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Zudem fordern wir die ersatz-
- 2 lose Abschaffung des §14 Abs. 1 Nr. 7 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes.

Begründung

Eine befristete Beschäftigung sorgt für vielerlei negative Konsequenzen im Leben. Es fehlt dadurch an einer sicheren Zukunft. So kann beispielsweise weder ein Kredit aufgenommen, noch über die Familiengründung nachgedacht werden. Ohne zu wissen, was einen nach der Befristung erwartet, ist eine Zukunftsplanung schlichtweg nicht möglich.

Zudem ist auch das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in geschwächt. Der*die Arbeitnehmer*in kann unter dem ständigen Druck einer befristeten Beschäftigung weder eine Vertrauensbasis zum*zur Arbeitgeber*in aufbauen, noch ist eine langfristig angenehme und produktive Arbeitsatmosphäre zu erwarten.

Deswegen müssen wir als Sozialdemokratische Partei für ein faires Arbeitsverhältnis sorgen, welches dem Einzelnen eine Zukunft sichert und somit zu einer förderlichen Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien führt!

Europäische Mitbestimmung stärken

Beschlusnummer 2018.A3

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

1 Die Jusos fordern hiermit, die SPD möge,

- 2 • sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die in Art 49 und 54 des Vertrags über die Ar-
3 beitsweise der Europäischen Union (AEUV) vereinbarte Niederlassungsfreiheit dahingehend
4 einzuschränken, dass sie nicht dazu genutzt werden kann nationale Mitbestimmungsrechte
5 auszuhebeln,
- 6 • sich, sobald dies umgesetzt ist, national ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz einzusetzen
7 (welches in Deutschland tätige Rechtsformen der Pflicht unterwirft, entweder einen mitbe-
8 stimmten Aufsichtsrat einzusetzen, oder aber Vertreter der Beschäftigten an den anders ge-
9 arteten Leitungsorganen des Unternehmens zu beteiligen), dessen Europarechtskonformität
10 dann gewährleistet ist
- 11 • weiterhin Bestrebungen zur Ermöglichung der Europäischen Privatgesellschaft zu blockie-
12 ren,
- 13 • sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, den Vertrag über die Arbeitsweise der Eu-
14 ropäischen Union (AEUV) um ein Sozialstaatsprinzip zu ergänzen, welches den anderen im
15 Vertrag vereinbarten Grundsätzen und Grundfreiheiten vorrangig ist und ausdrücklich auch
16 den Geist und Auslegungsrahmen bereits beschlossener Richtlinien ergänzt.
- 17 • sich langfristig dafür einzusetzen, eine europäische Mitbestimmung zu erreichen.

Begründung

- mangelnde sozialstaatliche Wirklichkeit in den EU-Verträgen und der Auslegung des EuGHs

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) regelt die Arbeitsweise der Union und bildet zusammen mit dem Vertrag über die Europäische Union die Verträge, auf die sich die Union gründet. Diese rechtlich gleichrangigen Verträge regeln dabei unter anderem den Rahmen des Europäischen Binnenmarkts, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet sein soll. Zu diesem Zweck bestimmt der Vertrag (in den Art 45 bis Art. 66) unter anderem die 4 Grundfreiheiten der Union; die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit sowie die Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit. Der Vertrag verbietet in diesem Zusammenhang im Grundsatz alle nationalen Maßnahmen, die zu entsprechenden Einschränkungen dieser Freiheiten führen könnten. Während die Verträge hinsichtlich ökonomischer Fragestellungen zum Teil weitreichende Detailregelungen enthalten und der EU umfangreiche Zuständigkeiten zugewiesen werden, beschränken sich im Bereich der Sozialpolitik die Zuständigkeiten der Europäische Union im Wesentlichen auf eine Unterstützung der sozialpolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie, in bestimmten Bereichen, auf die Aufstellung von Mindeststandards insbesondere hinsichtlich der Rechte von Arbeitnehmern. Stets wird die primäre Verantwortung den Mitgliedstaaten für diesen Bereich zugewiesen. Leider hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) hier

nicht als Korrektiv wirkt, sondern sich bei der Interpretation der Verträge stark an der aktuell weitestgehend neo-liberalen Ausrichtung der EU orientiert bzw. diese sogar voran treibt und dabei von einer regelrecht Arbeitnehmerinteressen verachtenden, rein auf 1/4 ökonomische Freiheiten, fixierten Ideologie geleitet zu sein scheint. Der EuGH betreibt dabei eine sehr weitgehende Rechtsfortbildung durch Richterrecht. Beispielhaft sei hier nur das Urteil vom 09. November 2017 (C-306/16) genannt, in der das Gericht es erlaubt hat, dass nationales Arbeitsrecht die Arbeit an bis zu zwölf aufeinander folgenden Tagen am Stück ohne finanziellen Ausgleich zulassen kann. Eine solche Freigabe des Schuftens bis zum Umfallen ist im Ergebnis nicht weniger als ein Angriff auf die Gesundheit der Beschäftigten, denn wer lange arbeitet, muss die Möglichkeit haben sich zu regenerieren. Die Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten werden hierbei vollkommen ignoriert und ‚Work-Life-Balance‘ verkommt zur hohlen Phrase. Viel entscheidender ist jedoch, dass eine derartige Ausprägung und Auslegung der Verträge zunehmend die Gefahr birgt, dass es innerhalb der EU zu einem Wettbewerb der Unterbietung von Sozialstandards kommen wird. Insbesondere Luxemburg, die Niederlande und Irland haben in den letzten Jahren mit erschreckender Schnelligkeit und „Kaltblütigkeit“ ihre Gesetze (insbes. das Gesellschafts- und Steuerrecht) jeweils so angepasst, dass sie ausländischen Unternehmen die Möglichkeiten boten, die Steuer-, Gesellschafts- und Sozialgesetzgebung anderer Staaten zu umgehen.

- Angriff auf die Mitbestimmung durch Polbud-Urteil vom 25. Oktober 2017 (C-106/16)

Eine dramatische Angriffsmöglichkeit auf die Sozialstandards, insbesondere die Regelungen zur Mitbestimmung, hat der EuGH nun mit dem Polbud-Urteil geliefert und dabei offenkündig jede erträgliche Grenze richterlicher Rechtsfortbildung bei weitem überschritten. Im Kern geht es in dem Urteil um die in den Artikeln 49 und 54 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) niedergelegte Niederlassungsfreiheit, welche das Gericht schon immer sehr weit ausgelegt hat. Diese schützt nach Auslegung des EuGHs die Möglichkeit, ein in Deutschland tätiges Unternehmen mit einer ausländischen, in anderen EU-Ländern legalen, Rechtsform zu gründen, etwa als britische „Limited“. Eine deutsche Kapitalgesellschaft müsste einen mitbestimmten Aufsichtsrat einsetzen, würde sie über die mitbestimmungsrelevanten Schwellen von 500 (Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat) oder 2.000 Inlandsbeschäftigten (paritätische Beteiligung) hinauswachsen. Nicht aber die Limited oder eine andere ausländische, mitbestimmungsfreie Rechtsform. Hierüber ist der EuGH nunmehr jedoch noch hinausgegangen in dem er die sog. isolierte Satzungssitzverlegung erlaubt hat. Nach Auffassung des Gerichts unterliegt damit letztlich auch der nachträgliche ausschließliche Rechtsformenwechsel ebenfalls dem Schutz des Europarechts, und darf durch nationale Regelungen nicht „weniger attraktiv“ gemacht werden. Für den Rechtsformenwechsel ist es damit nicht mal notwendig, den Verwaltungssitz der Gesellschaft in das Zielland zu verlagern; weder eine Verlegung der wirtschaftlichen Tätigkeit in das Zielland, noch überhaupt eine realwirtschaftliche Betä. Der EuGH will nicht mal dann einen Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten erkennen, wenn die Sitzverlegung keinen anderen Zweck verfolgt, als „in den Genuss günstigerer Rechtsvorschriften zu kommen“. Selbst diese Art des „Regime-Shopping“ fällt danach explizit in den Schutzbereich der europäischen Niederlassungsfreiheit. Es ist beinahe gruselig, wie widersprüchlich der Senat hierzu argumentieren musste, um die bisherige Rechtsprechung des EuGHs damit irgendwie in einen scheinbaren Einklang zu bringen. Was zunächst jedoch wie eine eher theoretische Diskussion aussieht, ist eine tickende Zeitbombe für die europäischen Arbeitnehmerrechte. Die Gefahr für die Beteiligungsrechte der Beschäftigten ist offensichtlich: Unternehmen können sich aus mitbestimmten Rechtsformen nunmehr unter dem Schutz des Europarechts „hinausverlagern“. Je nach Sektor und Unternehmensgrößen könnten in den nächsten Jahren viele Unternehmen versucht sein, sich ihrer mitbestimmten Aufsichtsräte unter Berufung auf Polbud zu entledigen. Gezielte „Hinausverlagerungen“ dürften insbesonde-

re dort zu befürchten sein, wo Unternehmen die Überschreitung der mitbestimmungsrelevanten Schwellen erstmals bevorsteht. Unabhängig von der Zahl der tatsächlich zu erwartenden „Hinausverlagerungen“ ist in dem Urteil ein ungeheurer Eingriff in das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu sehen, den der EuGH hier vorgenommen hat. Man versetze sich in die Lage der Arbeitnehmerbank eines Aufsichtsrats, in dem gerade eine für die Beschäftigten wichtige Entscheidung ansteht – eine Verschärfung des unternehmensinternen Standortwettbewerbs etwa oder die Bestellung eines umstrittenen Personalvorstands. Dank des EuGH haben sich die Machtressourcen, die sich nunmehr gegen die Arbeitnehmerbank einsetzen lassen, vergrößert. Polbud bedeutet nichts anderes, als dass die Kapitalvertreter im Aufsichtsrat jederzeit mit dem Rechtsformenwechsel drohen können, um die Arbeitnehmervertreter gefügig zu machen.

- Politische Aufgabe auf europäischer Ebene

Diese Auswüchse des europäischen Richterrechts müssen daher unbedingt durch politische Maßnahmen wieder zurückgedrängt werden. Insbesondere vor den aktuellen Diskussionen um die Erneuerung der EU und der starken Ablehnung der EU durch weite Teile der europäischen Bevölkerung, ist es essentiell, die Gestaltung des sozialpolitischen Rahmens nicht der Zufälligkeit von Gerichtsentscheidungen zu überlassen. Vielmehr muss die Politik hier klarmachen, im Interesse der EU-Bürger zu handeln. Wichtig ist dabei die Einsicht, dass der normative Gehalt und der Anwendungsbereich der europäischen Marktfreiheiten der politischen Steuerung zugänglich sind und sein müssen. Eine Besinnung auf die Ziele des freien Handels sind hierbei - genauso wie bei der Diskussion um Freihandelsabkommen - von besonderer Wichtigkeit. Die Grundfreiheiten sind nicht dazu geschaffen worden, einigen Wenigen eine zunehmende Akkumulation von Kapital möglichst widerstandslos zu offerieren. Für die Interpretation der europäischen Grundfreiheiten muss daher verbindlich festgelegt werden, dass diese nur dann gelten, wenn sie nicht sozialpolitischen Interessen entgegenstehen. Ferner ist Regime-Shopping 3/4 (genauso wie im Treaty-Shopping im Steuerrecht) klar als Missbrauch von rechtlichen Gestaltungen zu definieren, zu verhindern und zu sanktionieren.

- Politische Aufgabe auf nationaler Ebene

Handlungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene sind vor diesem Hintergrund ebenso überfällig. So bestünde zum Beispiel die Möglichkeit ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz zu schaffen, das in Deutschland tätige Rechtsformen der Pflicht unterwirft, entweder einen mitbestimmten Aufsichtsrat einzusetzen, oder aber Vertreter der Beschäftigten an den anders gearteten Leitungsorganen des Unternehmens zu beteiligen. Ein solches Gesetz fordern die Gewerkschaften schon lange und die Sozialdemokratie sollte sich dem nicht entziehen. Hierbei darf keineswegs wieder im Vorfeld antizipiert werden, dass die Kommission die Europarechtskonformität eines solchen Gesetzes behaupten wird. Die Erfolgchancen Deutschlands angesichts des Erzberger-Urteils des EuGHs sollten nicht unterschätzt werden. Ferner würde dies insgesamt ein starkes Signal sein. Ferner darf die bisher von Deutschland, wegen der Möglichkeiten zur Mitbestimmungsvermeidung, blockierten Europäischen Privatgesellschaft („Europa GmbH“) nicht umgesetzt werden. Die Einführung ist nunmehr leider im Sondierungspapier gut versteckt auf Seite 18 im Kapitel zur Innenpolitik, dort im Unterpunkt „Recht“, und hier in einem eigentlich von der Digitalisierung handelnden Spiegelstrich vereinbart worden. Eine solche Gesetzesänderung würde Möglichkeiten zur Mitbestimmungsvermeidung aber nicht beseitigen, sondern sogar zusätzlich maximieren und einem Mitbestimmungserstreckungsgesetz damit diametral gegenüberstehen.

B – Bildung, Schule und Hochschule

Innere Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen in der Sekundarstufe I

Beschlusnummer 2018.B2

Antragsteller*innen Jusos UB Lüneburg

Weiterleitung an Landeskonzferenz, SPD-Landtagsfraktion

- 1 Wir fordern die Möglichkeit zur inneren Fachleistungsdifferenzierung in den Fächern Deutsch,
- 2 Mathematik, Naturwissenschaften und Englisch in allen Jahrgängen der Sekundarstufe I an Ge-
- 3 samtschulen und damit einhergehend eine angemessene Reduzierung der jeweiligen Lerngruppe
- 4 auf maximal 15 Schüler*innen.

Begründung

Integrierte Gesamtschule bedeutet in der Theorie gemeinsames Lernen aller.

Jedoch wird dies durch äußere Fachleistungsdifferenzierung in den Jahrgängen 9–10 seitens des Gesetzes ausgehebelt.

Schüler*innen müssen ab dem 7. Jahrgang in den Fächern Mathematik und Englisch, ab dem 8. Jahrgang im Fach Deutsch und ab dem 9. Jahrgang auch im Fach Naturwissenschaften in zwei Niveaus eingeteilt werden.

Dass sie aber in den Jahrgängen 9–10 in isolierten Kursen für ihr Niveau unterrichtet werden müssen, macht den Charakter einer Gesamtschule kaputt und können wir als Sozialdemokrat*innen nicht als Bildungsgerechtigkeit bezeichnen.

Klassengrößen an Gesamtschulen

Beschlusnummer 2018.B3

Antragsteller*innen Jusos UB Lüneburg

Weiterleitung an Landeskonzferenz, SPD-Landtagsfraktion

1 Wir fordern dass die Klassengrößen an integrierten Gesamtschulen langfristig auf maximal 15
2 Schüler*innen gesenkt werden. Hierfür ist der Ausbau der Lehrer*innenstellen und eine Er-
3 höhung der verfügbaren Lehrer*innen notwendig. In diesem Zuge muss das Lehramtsstudium
4 grundlegend neu aufgestellt und modernisiert werden, genauso wie das Referendariat. Die Er-
5 höhung der Lehrer*innen an Schulen ist nicht sofort umsetzbar, da selbst bei Einhaltung der
6 Regelstudienzeit mindestens sechs Jahre vergehen, bis die angestrebte, erhöhte Studienanfän-
7 ger*innenquote Wirkung zeigt. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt es dennoch alle Anstrengungen zu
8 unternehmen, die Klassengrößen möglichst klein zu halten für eine bessere Lernumgebung in
9 den Schulen.

Begründung

Gesamtschulen sind derzeit verpflichtet, sofern es genug Anmeldungen gibt, pro Klasse 30 Schüler*innen aufzunehmen.

Diese Größe ist jedoch nicht zumutbar für eine Schulform, an der Schülerinnen und Schüler aller Leistungsstärken in einer Klasse von nur einer Lehrkraft unterrichtet werden.

Die Zahl 24 kommt zustande da an viele Gesamtschulen in Niedersachsen nach dem Tischgruppenprinzip gearbeitet wird.

Tischgruppen sind in der Regel Sitz- und Arbeitsgruppen, die aus 6 Schülerinnen und Schülern bestehen.

Mit 24 Schüler*innen pro Klasse wäre es den Gesamtschulen möglich mit 4 statt wie bisher mit 5 Tischgruppen pro Klasse zu arbeiten.

Ein weiteres Argument ist, dass der Klassenteiler zum Beispiel an Oberschulen (28) oder Hauptschulen (26) sowieso schon nach unten korrigiert wurde. Daher wäre die Reduzierung bei Gesamtschulen auch ein Schritt zu mehr Gleichberechtigung.

Zudem sind neben den Themen Inklusion und Integration von Flüchtlingen die Herausforderungen insgesamt stark angewachsen, wodurch die individuelle Förderung/Forderung einzelner mit einer Lehrkraft in einer Lerngruppe von 30 Schülerinnen und Schülern kaum noch möglich ist.

Wiedereinführung eines Dezernates und einer Inspektion für Gesamtschulen

Beschlusnummer 2018.B5

Antragsteller*innen Jusos UB Lüneburg

Weiterleitung an Landeskonzferenz, SPD-Landtagsfraktion

- 1 Wir fordern die Wiedereinführung eines eigenständigen Gesamtschuldezernates und damit ver-
- 2 bunden die Erarbeitung und Realisierung einer eigenständigen, spezifischen Gesamtschulinspek-
- 3 tion. Langfristig halten wir an unserem Ziel fest, die Gesamtschule für alle Schüler*innen durchzu-
- 4 setzen und das mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen. Zusätzlich fordern wir die Überprüfung
- 5 bzw. Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung an Schulen.

Begründung

Die Gesamtschule hat nicht die „Selektion“ nach sozialer Herkunft als Bildungs- und Erziehungsziel. Begabung und Leistungsfähigkeit sind nicht die zielführenden Kriterien für eine Trennung im dreigliedrigen Schulsystem; die haben PISA-Studien hinreichend bewiesen. Es geht darum, chancenverhindernde Segregation, wie sie im herkömmlichen bündischen Schulwesen stattfindet, durch intentionale pädagogische Maßnahmen zu verhindern. Soziales Lernen steht gleichberechtigt neben den fachlichen Ansprüchen. Zu diesem Zweck haben Gesamtschulen einen integrativen und inklusiven Weg eingeschlagen, der zu einer Reihe von systemischen, schulstrukturellen und curricularen Veränderungen gegenüber dem traditionellen Schulsystem geführt hat. Dies gilt es sowohl schulaufsichtlich, als auch schulinspektorisch adäquat zu würdigen und zu berücksichtigen.

Es ist daher notwendig, dass in den Gesamtschuldezernaten der Landesschulbehörde den Schulleitungen der Gesamtschulen erfahrene Lehrkräfte als Dezernent*innen (und somit als Vorgesetzte) zur Seite stehen. Nur sie können angemessen und speziell auf die Anforderungen, Arbeitsweisen und Bedürfnisse von Gesamtschulen arbeiten.

Kostenloses Nachhilfeangebot an niedersächsischen Schulen

Beschlusnummer 2018.B6

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

- 1 Wir fordern ein kostenloses Nachhilfeangebot an allen niedersächsischen Schulen.
- 2 Dies soll als Angebot unabhängig von der jeweiligen Schulform an allen Schulen existieren. Die
- 3 Nachhilfe wird von den Lehrkräften sowie pädagogischen Fachkräften. Die zusätzlichen Kosten
- 4 übernimmt das Land.
- 5 Langfristig wollen wir den Schritt zur Gemeinschaftsschule machen, in der alle Schüler*innen
- 6 unter professioneller Aufsicht gemeinsam ihr Hausaufgaben machen und es keine optionalen
- 7 Nachhilfeangebote gibt, sondern wo alle Schüler*innen gemeinsam lernen, auch außerhalb der
- 8 Unterrichtsstunden.

Begründung

Schon seit Jahrzehnten fordert die SPD und federführend die Jusos, dass Bildung kostenlos sein muss, damit eine gute Schulbildung kein Privileg der wohlhabenden Bevölkerungsschicht ist.

Doch selbst wenn der Besuch der Schule keine Gebühr kostet, haben Kinder und Jugendliche aus wohlhabenden Elternhäuser auch heute noch klare Vorteile gegenüber ihren anderen Mitschüler*innen: Sie haben die Kapazität um genug Materialien, wie zum Beispiel Lernbücher zu kaufen und können sich wenn die Noten mal schlecht sind eine*n Nachhilfelehrer*in leisten.

Mit der Einführung eines kostenlosen Nachhilfeangebots kann ein weiterer Gerechtigkeitsunterschied im Bildungssystem behoben werden.

Des Weiteren wird durch die Verpflichtung von älteren Schüler*innen, selber Nachhilfe und Unterstützung zu geben, soziale Kompetenzen gestärkt.

D – Digitales und Medien

E-Sport endlich als Sportart anerkennen

Beschlusnummer 2018.D1

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir erkennen die wachsende Bedeutung der E-Sport-Landschaft in Deutschland an. Da E-Sport
- 2 wichtige Fähigkeiten schult, die nicht nur in der digitalen Welt von Bedeutung sind, Training und
- 3 Sportstrukturen erfordert, werden wir E-Sport künftig vollständig als eigene Sportart mit Vereins-
- 4 und Verbandsrecht anerkennen und bei der Schaffung einer olympischen Perspektive unterstüt-
- 5 zen.
- 6 Gleichzeitig sind wir uns der im Vergleich zu anderen Sportarten deutlich höheren Gefahr einer
- 7 Suchtentwicklung bei E-Sport bewusst und fordern deshalb, Systeme der Suchtprävention wie bei-
- 8 spielsweise Schulaufklärungen und öffentliche Awareness-Arbeit für suchtgefährdete Menschen
- 9 zu implementieren.

Begründung

Es ist an der Zeit, dass E-Sports in Deutschland rechtlich als Sportart anerkannt werden.

So sind meist junge E-Sportler*innen gegenüber anerkannten Sportler*innen benachteiligt, da sie z.B. nicht von der Schule für Turniere freigestellt werden können, da es im Schulgesetz keine rechtliche Grundlage dafür gibt. Die meisten E-Sportler*innen werden vor dem Vollenden des 18 Lebensjahrs rekrutiert und sind damit schulpflichtig. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) weigert sich bis heute E-Sports als Sportart anzuerkennen. Es gibt bereits staatlich anerkannte Sport Verbände in den Europäischen Staaten Niederlanden, Bulgarien, Großbritannien und Schweden. Deutschland sollte dem Trend folgen. Die fortschreitende Digitalisierung in Deutschland ist ein guter Anlass, um das jetzt umzusetzen, vor allem hilft es Deutschland sich als modernes Land zu repräsentieren.

E-Sports ist der Wettkampf zwischen Menschen mit Hilfe von Computerspielen. In der Regel werden Wettkämpfe im Mehrspielermodus ausgetragen, sowohl als Individualsportart (Eins gegen Eins) oder als Mannschaftssport. So sind vor allem die geistigen und motorischen Fähigkeiten wichtig, um im Wettkampf erfolgreich zu sein. Motorisch sind für den*die Spieler*in vor allem Hand-Augen-Koordination, Reaktionsgeschwindigkeit und Durchhaltevermögen von Bedeutung. Räumliches Orientierungsvermögen, Spielübersicht, Spielverständnis, taktische Ausrichtung, vorausschauendes und laterales Denken zählen zu den geistigen Anforderungen.

Verschiedene E-Sports Szenen sind an einer Kooperation mit der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) interessiert. In Deutschland ist bislang kein Dopingfall aufgetreten. Die (deutsche) Nationalen-Anti-Doping-Agentur (NADA) kontrolliert auf Turnieren die Spieler*innen auf Konzentrationsfördernde Substanzen.

Deutschland hatte mit der Cebit auch ein Großes E-Sports Turnier. Nach der Fachbezogenen Spezialisierung (der Ausrichtung auf Fachbesucher) ist ein großes E-Sports Event aus Hannover nach Polen, Katowice ausgewandert.

Wie in anderen Sportarten ist es im E-Sports auch üblich die Talente in jungen Jahren zu scouten und zu fördern. Hier besteht ein großes Problem für die jungen Talente, da sie keine Unterstützung der Schule erhalten können und so auch die Eltern mehr Ressentiment gegen eine Karriere im E-Sports haben.

Definition E-Sports WIKIPEDIA

Deutsche Vereine wie der 1. FC Nürnberg, der FC Schalke 04, der VfB Stuttgart, der VfL Bochum, RB Leipzig oder der VfL Wolfsburg, haben eigene E-Sports Abteilungen hierfür.

Wirtschaftliche Größe

43 Millionen Zuschauer*innen beim League of Legends World Championship Finals im Vergleich US-Basketball-Liga NBA 7. Finalspiel 31 Millionen Zuschauer. In der ESL (eine E-Sports-Liga) Weltweit gibt es 7.4 Millionen angemeldete Mitglieder. Umsätze in Deutschland 2016, 300 Millionen.

(<http://www.dw.com/de/esport-fordert-unterst%C3%BCtzung-von-wada/a-39670585>)

<https://www.pwc.de/de/technologie-medien-und-telekommunikation/pwc-studie-esports-170817.pdf>

WIKIPEDIA, E-Sports

E – Europa, Internationales und Inter-galaktisches

Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus – „Israel wird man ja wohl noch kritisieren dürfen...“

Beschlusnummer 2018.E1

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bezirksparteitag

1 Antisemitismus wird mehrheitlich über versteckte Kommunikation geäußert. Der häufigste Um-
2 weg ist der israelbezogene Antisemitismus, der mit jedem Aufflammen des Nahost-Konflikts auf
3 schmerzhafteste Weise deutlich wird. So wird Kritik an der israelischen Regierungspolitik, insbe-
4 sondere im Umgang mit Palästinenser*innen, als Deckmantel für antisemitische Ressentiments
5 genutzt, die den Staat Israel dämonisieren oder altbekannte antisemitische Feindbilder auf Israel
6 projizieren wie beispielsweise den Vorwurf der Brunnenvergiftung. Die Gefährdung durch diesen
7 verdeckten Antisemitismus nimmt noch dadurch zu, dass er nicht auf dezidiert rechte politische
8 Kreise beschränkt ist, sondern in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und politischen Bewe-
9 gungen zum Ausdruck kommt. Israelbezogener Antisemitismus muss daher als eigenständiges
10 Problem erkannt und bekämpft werden. Diese Zielsetzung kann auf verschiedene Weisen umge-
11 setzt werden.

- 12 • Verstärkte **Zusammenarbeit** mit Gruppen, Stiftungen, Vereinen, die sich gegen Antisemitis-
13 mus einsetzen. Dieser Aspekt kann von Vorständen der Juso-Gliederungen sowie Vorstän-
14 den der SPD-Gliederungen für die Bündnisarbeit berücksichtigt werden.
- 15 • Interne **Sensibilisierung** für israelbezogenen Antisemitismus. Leitfäden dafür können auf
16 verschiedenem Wege bezogen werden.
- 17 • **Öffentlichkeitswirksame** Positionierung gegen israelbezogenen Antisemitismus und kon-
18 krete Äußerungen, in denen entsprechend Ressentiments zum Ausdruck kommen. Außer-
19 dem ein klares und vernehmbares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Förderung ei-
20 nes lebendigen Gedenkens an die Verbrechen der Shoa.

21 Aus historischer Verantwortung und tiefer Überzeugung gegen alle menschenverachtenden Ideo-
22 logien machen wir somit klar: Nie darf vergessen werden, zu welchen grausamen Taten antise-
23 mitische Gedanken und Äußerungen bereits geführt haben. Nicht nur klassischer, sondern auch
24 israelbezogener Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz und als Jugendverband,
25 der auf eine gerechte und solidarische Welt hinarbeitet, fühlen wir uns dazu verpflichtet, jegli-
26 chem antisemitischem Gedankengut entschlossen entgegenzutreten.

Frieden für die kurdischen Regionen

Beschlusnummer 2018.E2

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

1 Der Angriffskrieg der Regierung Erdogans auf die kurdisch besiedelten Teile Syriens muss von
2 der deutschen Regierungs- und Parteienseite auf das Schärfste verurteilt werden und end-
3 lich der Erdogan-Regierung klar machen, dass mit diesem militärischen Eingriff eine Gren-
4 ze überschritten wurde. Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die vom Militäreinsatz
5 betroffen sind und verstärken unsere Bemühungen uns mit progressiven kurdischen Mi-
6 grant*innenselbstorganisationen zu vernetzen. Wir werden uns verstärkt thematisch mit dem
7 Thema auseinandersetzen. Wir fordern die Bundesregierung weiterhin dazu auf, sich für einen
8 nachhaltigen Frieden in der Region einzusetzen.

Begründung

Die Erdogan-Regierung genießt bereits zu lange eine Narrenfreiheit und führt unmenschliche Angriffe in der arabischen Region. Der inhumane und völkerrechtswidrige Krieg, der nun in Afrin und weiteren kurdischen Gebieten geführt wird, stellt einen neuen Tiefpunkt der türkischen Außenpolitik dar. Gleichzeitig sitzen tausende Journalist*innen, Oppositionspolitiker*innen und Freiheitskämpfer*innen in Gefangenschaft und mehr und mehr wandelt sich die einst liberale Türkei zu einer fundamentalistischen Diktatur, die das Völkerrecht, die Menschenrechte und die Minderheitsrechte der Kurd*innen mit Füßen tritt. Mit einer solchen Regierung paktiert die Regierung Merkel und sichert so den Autokraten und seine Schergen ab. Gerade in Hannover leben viele kurdisch stämmige Bürger*innen, weshalb eine Positionierung zu diesem Thema geboten ist, besonders nach den Protesten vor dem türkischen Konsulat in Hannover.

Darüber hinaus ist es unsere Pflicht als Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen, uns für die unterdrückten Völker dieser Erde und für die Schwachen und Entrechteten einzusetzen.

Europa entdecken

Beschlusnummer 2018.E3
Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Wir fordern ein kostenloses Interrailticket von der Europäischen Union an alle jungen Menschen
2 zum 18. Geburtstag, die ihren dauerhaften Wohnsitz in Europa haben. Das Ticket soll ohne büro-
3 kratische Hürden abgerufen werden können. Damit soll es ihnen ermöglicht werden, etwa einen
4 Monat lang kostenlos das Schienennetz der EU-Mitgliedsstaaten zu nutzen. Darüber hinaus soll
5 ein Unterstützungsfonds und eine Subventionierung der Übernachtungsplätze für Menschen mit
6 geringen finanziellen Mitteln eingerichtet werden.

7 Da die Europäische Kommission im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bereits die
8 Einführung eines kostenlosen Interrail-Tickets für junge Erwachsene für die Jahre 2021–2027 bis
9 zu einer Höhe von 700 Millionen € eingeplant hat, fordern wir Rahmenbedingungen, um die Ein-
10 führung so zu gestalten, dass möglichst viele davon profitieren können.

11 Der Entwurf des MFR ist im Detail noch sehr unkonkret, daher fordern wir folgende Punkte, um
12 die Umsetzung möglichst zielgerichtet auszugestalten:

- 13 1. Die Finanzierung des geplanten EU-Projekts Discover EU darf nicht zu Lasten des Erasmus+
14 Programmes gehen, da dadurch projektbezogene Maßnahmen und Initiativen aus dem Be-
15 reich der europaweiten Hochschulmobilität sowie europapolitische Jugendverbandsarbeit
16 beträchtlich eingeschränkt werden würde. In diesem Sinne müssen wir einen eigenen Haus-
17 haltsposten schaffen, der ausschließlich für das kostenlose Interrail-Ticket vorgesehen ist.
- 18 2. Unabhängig vom kostenlosen Interrail-Ticket muss es weiterhin Programme geben, die ge-
19 gen Jugendarbeitslosigkeit vorgehen und für mehr Jugendmobilität sorgen.
- 20 3. Das Projekt Discover EU muss so ausgestaltet sein, dass eine Reise durch die europäischen
21 Nachbarländer für alle jungen Erwachsenen wahrnehmbar ist – unabhängig von ihrem so-
22 zialen Hintergrund.
- 23 4. Insbesondere darf eine Teilnahme an diesem Projekt sowie eine Bewerbung in der Pilotpha-
24 se eben nicht an Bildungshürden scheitern, um einer weiteren Elitenkonservierung vorzu-
25 beugen.
- 26 5. Die Einführung von kostenlosen Interrail-Tickets muss von einer wissenschaftlichen Erhe-
27 bung begleitet werden, die Erkenntnisse generiert, welche dafür verwendet werden müssen,
28 um die oben genannten Punkte stets zu berücksichtigen und zu gewährleisten.

Begründung

Die Europäische Union steckt in einer Krise. Immer mehr euroskeptische Parteien finden Einzug in die Nationalparlamente, aber auch ins Europaparlament. Und auch der Brexit ist ein Zeichen der Krise.

Dieser Bewegung müssen wir uns als internationalistischer und europafreundlicher Richtungsverband entgegenstellen. Wir müssen die Probleme anpacken und die EU verbessern. Dazu gehört auch, dass wir wieder zeigen, wofür die EU aus unserer Sicht stehen sollte: für Offenheit, Toleranz und Solidarität.

Indem man jungen Menschen ein kostenloses Interrailticket zur Verfügung stellt, erreicht man mehrere positive Effekte. Zum einen zeigt man ihnen, dass die EU Freiheit bedeutet, denn nur durch die EU kann man so problemlos innerhalb Europas reisen, zum anderen lernen junge Menschen so andere Kulturen und Menschen kennen. Sie können sich mit anderen Europäer*innen austauschen und vernetzen. So entwickeln sie ein Verständnis füreinander und es entsteht ein ganz anderes Zusammengehörigkeitsgefühl. So begeistern wir wieder junge Menschen für die europäische Idee.

Ostpolitik 3.0. Idealistisch. Progressiv. Solidarisch.

Beschlusnummer	2018.I2
Antragsteller*innen	Bezirksvorstand
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Die Bedeutung der Ostpolitik

2 Die deutsch-russischen Beziehungen sind seit Jahrhunderten von einem starken Maß der gegen-
3 seitigen Abhängigkeit, dabei aber auch von häufigen Wechseln, geprägt, die zwischen Krieg und
4 enger Kooperation schwankten. Für die deutsche Politik hatte diese Beziehung spätestens seit
5 dem 18. Jahrhundert eine erhebliche Bedeutung.

6 Für die deutsche Sozialdemokratie gilt dies umso mehr. Für viele Sozialdemokrat*innen ist das
7 Verhältnis zu Russland ein zentraler Pfeiler der sozialdemokratischen Außenpolitik. In vielen De-
8 batten der außenpolitischen Ausrichtung der SPD wird auf das Verhältnis rekurriert und hat für
9 viele Mitglieder eine hohe emotionale Bedeutung. Trotz dieser emotionalen Bedeutung muss es
10 das Ziel sozialdemokratischer Politik sein, objektiv und progressiv an einer neue Ostpolitik zu
11 arbeiten.

12 Die sogenannte Ostpolitik des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt ist bis heute ein wesent-
13 licher Identitätspfeiler für die SPD. Mit einer Öffnung gegenüber dem Ostblock konnte ein Beitrag
14 zu einem friedlichen Europa und der Beilegung des kalten Krieges geleistet werden. Unter dem
15 Motto „Wandel durch Annäherung“ sollte eine grundsätzliche Änderung der europäischen Ver-
16 hältnisse herbeigeführt werden. Dabei war die Ostpolitik der SPD immer wieder von Brüchen
17 und unterschiedlichen Prioritäten geprägt.

18 Für Kurt Schumacher war das Verhältnis zu KPD und der Sowjetunion ein zentraler Bestandteil
19 seiner frühen Arbeit als Parteivorsitzender. Bereits in der Weimarer Republik hatte Schumacher
20 ein äußerst kritisches Verhältnis zur KPD. Dies verstärkte sich in der Zeit des Nationalsozialismus
21 und insbesondere angesichts der Zwangsvereinigung der Ost-SPD und KPD zur SED. Auch sah er
22 den „Realsozialismus“ der Sowjetunion sehr negativ und stellte sich gegen vermeintliche imperia-
23 listische Ambitionen Moskaus.

24 Unter Willy Brandt, zunächst als Außenminister, dann als Bundeskanzler begann dann die eigent-
25 liche Phase der neuen Außenpolitik. Die DDR wurde staatsrechtlich anerkannt, die KSZE wurde
26 vom Westen anerkannt und ein umfassender Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. So gelang
27 es Brandt zumindest in den 1970er Jahren eine gewisse Entspannung im Kalten Krieg zu organi-
28 sieren.

29 Die Regierung Schröder trat zunächst mit dem Ziel an, dass Verhältnis zwischen Deutschland
30 und Russland zu professionalisieren in Abgrenzung zu dem kumpelhaften Verhältnis zwischen
31 Helmut Kohl und Boris Jelzin. Nach der Übertragung der russischen Präsidentschaft an Vladimir
32 Putin intensivierten sich die politischen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen Russland und
33 Deutschland, dies wurde auch durch den Wechsel Schröders von der Politik in den Aufsichtsrat
34 von Gazprom deutlich.

35 Unter den SPD-Außenministern Frank Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel wurde die enge Ko-
36 operation fortgesetzt. Trotz zunehmender Spannungen im Kaukasus und in Osteuropa, wurde der
37 Schwerpunkt der sozialdemokratischen Ostpolitik auf einen Dialog mit Russland gelegt. Dieser
38 Dialog hat aber nur begrenzt zum Erfolg geführt.

39 Mit Heiko Maas als neuer Außenminister beginnt eine neue Phase in der Frage, wie die SPD ih-
40 re Ostpolitik definiert. Die Sicherung von Frieden und Demokratie müssen dabei an der obersten
41 Stelle stehen. Dies gelingt nur mit dem klaren Aufzeigen von Grenzen, enge Abstimmung mit
42 Ländern, die sich von Russland bedroht fühlen, einem klaren Bekenntnis zur Einhaltung inter-
43 nationaler demokratischer und rechtsstaatlicher Normen und der Unterstützung der Menschen,
44 die sich für die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, soziale Gerechtigkeit und
45 Frieden engagieren.

46 **Die Liberale Demokratie und die Gefahren für sie**

47 Heute sehen wir unser politisches System in der größten Krise seit den 1930ern. In ganz Europa
48 sind die Liberalen Demokratien unter Beschuss geraten. Die Liberale Demokratie, also die staat-
49 liche Garantie von Rechten für breite Bevölkerung bei gleichzeitigem Schutz von Minderheiten,
50 beides demokratisch legitimiert, hat es geschafft unvergleichliche wirtschaftliche, soziale, demo-
51 kratische und kulturelle Partizipation für eine breite Masse der Bevölkerung zu erreichen. Gleich-
52 zeitig sind immer noch viele Menschen ausgeschlossen. Insbesondere die immer größer werden-
53 de wirtschaftliche Ungleichverteilung ist ein erhebliches Problem und muss bekämpft werden.
54 Problematisch bleibt natürlich, dass im kapitalistischen System niemals vollkommene Gerechtig-
55 keit erreicht werden kann.

56 Angesichts der Errungenschaften der Liberalen Demokratie müssen wir diese aktiv verteidigen.
57 Wir leben in einer Zeit, in welcher es massive Angriffe von rechtspopulistischen und faschisti-
58 schen Kräften auf unser politisches System gibt. Durchaus mit Erfolg. Ungarn, Rumänien und Ös-
59 terreich zeugen davon.

60 Die Angriffe auf Rechtsstaat und unser demokratische-republikanisches System werden aber
61 auch in anderen Ländern intensiver. Auch in Westeuropa wird gegen staatliche Institutionen und
62 gegen Minderheiten gehetzt.

63 **Russlands Verantwortung**

64 Seit Jahren unternimmt die russische Regierung einen umfassenden und systematischen Angriff
65 auf die Demokratie und den Rechtsstaat in Europa und den Vereinigten Staaten. Der Kreml setzt
66 dabei auf ein asymmetrisches Arsenal, dass militärische Invasionen, Cyberangriffe, Desinforma-
67 tionen, Unterstützung für politische Randgruppen, sowie den Einsatz von Energieressourcen, der
68 organisierten Kriminalität und Korruption.

69 Diese Werkzeuge wurden im Verlauf der Zeit weiterentwickelt und führten zu einem immer mas-
70 siveren Angriff auf den Westen. Durchgeführt werden diese Aktionen vom russischen Geheim-
71 dienst in enger Kooperation mit russischen Staatsbetrieben, Kreml-nahen Oligarch*innen und
72 russischen kriminellen Organisationen.

73 **Die wirtschaftliche Lage in Russland**

74 Die wirtschaftliche Situation in Russland bleibt äußerst schwierig. Nach einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung in den 2000ern durch einen hohen Energiepreis, trat die russische Wirtschaft
75 erstmals 2008 in eine Rezession und 2014 nach den westlichen Sanktionen.
76

77 Vladimir Putin nutzte, und ermöglichte vielen anderen, die chaotische Situation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, um sich zu bereichern. Heute gilt er als einer der zehn reichsten
78 Menschen der Welt, möglicherweise ist er durch seine privaten Anteile an russischen Energieunternehmen sogar der reichste Mensch der Welt. Eine kleine Elite hat es geschafft einen Großteil
79 des russischen Vermögens zu sammeln. Russland ist heute das Land mit der größten wirtschaftlichen Ungerechtigkeit, sodass die reichsten zehn Prozent in Russland 87 % des russischen Vermögens
80 besitzen.
81
82
83

84 Die soziale und wirtschaftliche Unsicherheit in Russland sind extrem groß. In weiten Teilen Russlands ist die öffentliche Infrastruktur sehr schlecht, etwa zwanzig Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze.
85
86

87 **Politische Lage in Russland**

88 Mit der Wahl Putins als Premierminister begann eine dramatische Zentralisierung der Macht in
89 Russland. Ein wichtiger erster Schritt dahin war die Abschaffung der Wahl der Regionalgouverneure. Diese Entwicklung wurde Zug um Zug weitergeführt und gipfelte schließlich darin, dass
90 2018 es keine freien Wahlen zur Präsidentschaft mehr gab.
91

92 Proteste und Demonstrationen werden mit Gewalt niedergeschlagen, Dissident*innen ermordet
93 und Personen, die dem Machtkomplex gefährlich werden können, werden nicht zu Wahlen zugelassen. Nichtregierungsorganisationen, die sich für ein demokratischeres Russland einsetzen
94 werden verboten und ihr Mitarbeiter*innen als vermeintlich ausländische Agent*innen von der
95 Justiz verfolgt.
96

97 **Gesellschaftliche Repressionen in Russland**

98 Nach einer dramatischen Liberalisierung Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion, gab es einen ebenso dramatischen Wandel zurück in den letzten Jahren. Unterdrückung von gesellschaftlichen Minderheiten und Gewalt gegen diese nehmen seit Jahren immer wieder zu.
99
100

101 Diese Situation wird durch die Gesetzeslage verschärft. Nachdem 2013 mit dem „Gesetz gegen homosexuelle Propaganda“ eine erhebliche Welle von sexualisierter Gewalt gegen sexuelle Minderheiten ausgelöst wurde, folgte 2017 mit der faktischen Dekriminalisierung von häuslicher Gewalt eine Welle von Gewalt gegen Frauen.
102
103
104

105 Im April 2017 kam heraus, dass etwa hundert vermeintlich homosexuelle Männer im Kaukasus in einem Internierungslager eingesperrt worden sind und dort gefoltert und teilweise ermordet wurden.
106
107

108 **Militärische Aufrüstung Russlands**

109 Russland hat unter Putin eine erhebliche Aufrüstung und Modernisierung des Militärs erfahren.
110 2017 wurde ein umfassendes Programm angekündigt in dessen Rahmen bis 2025 sämtliche Teil-
111 streitkräfte aufgerüstet werden. Dies gilt insbesondere für die Landstreitkräfte, was darauf hin-
112 deutet, dass die strategische Planung sich an einem umfassenden Krieg in Europa orientiert. Das
113 Ziel ist eine militärische Parität mit China und der NATO zu erreichen.

114 **Nukleare Aufrüstung Russlands**

115 Darüber hinaus arbeitet Russland auch an einer massiven Modernisierung des nuklearen Arse-
116 nals. Im Gegensatz zu fast allen anderen Atommächten hat Russland in den letzten Jahren seine
117 nuklearen Erstschlagfähigkeiten modernisiert.

118 Zurzeit werden sowohl flugzeugbasierte, als auch raketenbasierte Nuklearwaffen runderneuert,
119 eine weitere Neuerung ist die Entwicklung eine auf Cobalt-Basis nuklear bewaffneten Unterwas-
120 serdrohne, die bei Detonation einen radioaktiven Tsunami auslösen würde und Küstengebiete
121 über tausende Kilometer für Jahrzehnte versuchen würde. Die Entwicklung dieser Drohne scheint
122 gezielt darauf ausgerichtet zu sein, bestehende Abwehrmechanismen zu überwinden.

123 **Geheimdienstoperationen im Westen**

124 Länder in der europäischen Union und ihre Nachbarländer sind seit Jahren Opfer erheblicher
125 russischer Geheimdienstaktivitäten. Sowohl Agent*innen werden dabei eingesetzt, als auch Cy-
126 beraktivitäten.

127 Eine ganze Reihe von Dissident*innen, die nach Europa geflohen sind, sind in den letzten Jahren
128 getötet worden. Bekanntere Fälle sind etwa der ehemalige FSB Agent Alexander Litvinenko und
129 der ehemalige Putin Vertraute Boris Berezovsky. Darüber hinaus sind alleine in Großbritannien
130 mehr als ein Dutzend Todesfälle im Exil lebender Russ*innen verdächtig.

131 Dabei werden auch Kollateralopfer billigend in Kauf genommen. Bei dem Giftanschlag in Salis-
132 bury im Frühjahr 2018 wurden neben den beiden Zielen noch weitere Personen verletzt, ein Po-
133 lizist musste auf die Intensivstation. Damit wurde ein Terroranschlag mit chemischen Waffen in
134 Europa begangen. Viele Regierungen und Geheimdienste sehen die russische Regierung in der
135 Verantwortung.

136 Darüber hinaus gibt es auch immer wieder Hacker*innenangriffe auf die europäische Infrastruk-
137 tur, die nachweislich auf Russland zurückzuführen sind. Alleine im Februar und März 2018 wur-
138 den zwei wesentliche Angriffe öffentlich. Im Februar 2018 veröffentlichten deutsche Behörden,
139 dass russische Hacker*innen das Verteidigungs- und das Außenministerium angegriffen haben.
140 Dabei wurde Malware platziert und Daten erbeutet.

141 Im März 2018 kam heraus, dass russische Hacker*innen sich Zugang verschafft haben zu US-
142 Amerikanischer und Europäischer Energie- und Wasserinfrastruktur, unter anderem Kernkraft-
143 werken, verschafft haben mit dem Ziel die Möglichkeit zu haben, diese abzuschalten oder zu sa-
144 botieren.

145 Inzwischen gibt es fast monatlich Berichte über Hacker*innenangriffe aus Russland. Dabei wird
146 keine Rücksicht genommen, ob neben staatlichen Institutionen auch Privatpersonen in Mitleiden-
147 schaft gezogen werden.

148 **Zusammenarbeit mit rechten Parteien**

149 Die russische Führung kooperiert eng mit rechts-konservativen und rechtsradikalen Parteien in
150 Europa. In Frankreich herrscht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Front National und
151 der russischen Führung. So gab eine russische Bank dem FN einen Kredit, nachdem französi-
152 sche Banken sich dessen verweigert hatten. Im Präsidentschaftswahlkampf 2017 gab es auch
153 Hacker*innenangriffe auf die Präsidentschaftskampfkampagne von Emmanuel Macron, während
154 Social Media-Aktivist*innen und -bots Gerüchte über ihn verbreiteten und Stimmung für die Kan-
155 didatin des Front National Marine Le Pen machten.

156 In Österreich arbeitet die regierende FPÖ eng mit der Putin-Partei Einiges Russland zusammen.
157 Dies führte zu Sorge bei westlichen Staaten, dass die österreichische Regierung Geheimdokumen-
158 te weiterverbreiten könnte. Auch in Ungarn gibt es eine enge Kooperation zwischen Orbans Fidesz
159 Partei und der Partei Einiges Russland. Orban selber hat auch eine engere Anbindung an Russland
160 gesucht.

161 In Deutschland fordert die AfD nicht von irgendwo her eine engere Anbindung an Russland. Wäh-
162 rend Russia Today und Sputnik im Vorfeld von Wahlen Stimmung für die AfD machen, suchen
163 Teile der Führung eine enge Anbindung an Moskau. Gleichzeitig knüpft die Junge Alternative Kon-
164 takte zur faschistoiden Naschi-Jugend und führt Austausch mit dem Jugendverband von Einiges
165 Russland durch.

166 Russland versucht so Parteien in Europa zu stärken, die in einem klaren Widerspruch zu den Wer-
167 ten der Sozialdemokratie stehen. Dies wird auch durch formelle Kooperationsverträge mit diesen
168 Parteien offiziell bestätigt. Dies muss auch im Kontext des inländischen Parteienwettbewerbs be-
169 trachtet werden.

170 **Militäroperation gegenüber Georgien und der Ukraine**

171 Seit 1999 nutzte die russische Führung Militärinterventionen in der unmittelbaren geopolitischen
172 Nachbarschaft Russlands, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und die eigene Macht-
173 position zu stärken.

174 Nachdem sich Georgien im Zuge der „Rosenrevolution“ 2003 stärker dem Westen zuwandte und
175 eine Kooperation mit der NATO sucht, begann Russland eine systematische Kampagne um die
176 georgische Führung zu untergraben. Dieses Verhalten kulminierte schließlich mit der Invasion
177 Georgiens durch Russland 2008. Die beiden georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abkhazi-
178 en erklärten sich für unabhängig und werden seit dem von Russland unterstützt.

179 Nachdem 2014 im Zuge der Maidan-Revolution die Ukraine ebenfalls eine engere Anbindung an
180 die Europäische Union suchte, annektierte Russland die Halbinsel Krim. Darüber hinaus wurden
181 Separatist*innen in der Ostukraine unterstützt, was zu erheblichen kriegerischen Auseinander-
182 setzungen im Donbass geführt hat, bei welchen mindestens 10.000 Menschen bislang getötet wur-
183 den.

184 Es zeigt sich, dass die Nachbarländer Russlands bei einer Annäherung an die Europäische Union
185 negative Konsequenzen befürchten müssen.

186 **Russisches Verhalten im UN-Sicherheitsrat**

187 Als permanentes Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat Russland ein Vetorecht.
188 Dieses hat Russland seit Beginn des Syrienkrieges immer wieder genutzt um Resolutionen, die das
189 Verhalten des Assadregimes kritisieren, abzuwenden. Seit dem Beginn des Krieges hat Russland
190 elf Mal seine Vetomacht eingesetzt, mehrfach bei Resolutionen, die den Einsatz von Chemiewaffen
191 verurteilen sollten.

192 Im Frühjahr 2018 legte Russland sogar sein Veto ein, dass UN-Inspekteur*innen überprüfen soll-
193 ten ob das syrische Regime in Douma im April 2018 Chemiewaffen eingesetzt hatte.

194 Wenn Russland noch nicht einmal dazu bereit ist den Einsatz von Chemiewaffen zu verurteilen
195 ist ernsthaft in Frage zu stellen wie eine gemeinsame politische internationale Arbeit aussehen
196 soll. Dass es selbstverständlich geworden ist, dass in Syrien Chemiewaffen eingesetzt werden und
197 die Welt zuschaut ist maßgeblich auf Russlands Unterstützung für Assad zurückzuführen.

198 **Anti-Europäische Propaganda**

199 Der Kreml setzt stark auf Medien im Zuge seiner hybriden Kriegsführung. Sowohl der Fernseh-
200 sender Russia Today (RT), als auch das staatliche Medienunternehmen Sputnik verbreiten kreml-
201 freundliche Nachrichten, Fakenews und Propaganda. Sputnik wurde 2014 gegründet und ist inzwi-
202 schen in 34 Ländern aktiv. Russia Today ist ein staatlicher Nachrichtensender, der 2005 gegründet
203 wurde. In Deutschland erlangte er größere Bekanntheit, als im „Fall Lisa“ behauptet wurde, dass
204 Geflüchtete Lisa verschleppt und sie vergewaltigt hätten.

205 RT, Sputnik und andere russlandnahe Medien nutzen eine Vielfalt von Techniken. Beispielsweise
206 werden Beiträge ohne Quellenangaben veröffentlicht, es gibt irreführende Titel, emotionale Ap-
207 pelle, Verschwörungstheorien und „Whataboutism“.

208 Unterstützt werden RT und Sputnik von der Internet Research Agency, die in St. Petersburg ange-
209 siedelt ist. Die Internet Research Agency beschäftigt die eine Vielzahl von Personen beschäftigt,
210 die pro-russische Nachrichten und Propaganda in den Sozialen Netzwerken verbreiten. Erst im
211 Februar 2018 hat die Agency ihre Büroräumlichkeiten auf 12.000 Quadratmeter verdreifacht.

212 Diese Propagandaaktivitäten basieren auf verschiedenen, häufig zusammenhängenden Narrati-
213 ven. Dazu gehören, dass Russland der Retter Europas sei, sowohl vor Napoleon und den Nazis,
214 als auch aktuell vor den Islam. Ferner sieht sich Moskau auch als Begründerin einer eurasischen
215 Brücke und rechtfertigt damit politische, wirtschaftliche und militärische Aktivitäten. Ein weiteres
216 beliebtes Narrativ ist, dass Russland einen starken, aber vermeintlich wohlmeinenden, Führer
217 braucht, ansonsten entstehen Chaos und Schwäche. Diese Erzählung wird auch in Europa gerne
218 übernommen.

219 Gegenüber dem Westen wird häufig argumentiert, dass westliche Institutionen russophob sind, bei-
220 spielsweise als Russland von der Olympiade 2016 und 2018 ausgeschlossen wurde und dass west-
221 liche Medien bewusst und gezielt antirussische Propaganda verbreiten. Häufig wird auch von

222 einer Umkreisung Russlands gesprochen. Darüber hinaus wird auch verbreitet, dass die Euro-
223 päische Union eine „homosexuelle Agenda“ verbreitet und bewusst die „christliche“ Bevölkerung
224 Europas mit Muslimen austauschen will.

225 **Warum die Sozialdemokratie nicht mehr nur zuschauen darf**

226 Die Sozialdemokratie war immer eine politische Bewegung, die sich mit der Gesellschaft, insbe-
227 sondere Machtstrukturen auseinandergesetzt hat. In ihrer gesamten Geschichte stellte die Sozi-
228 aldemokratie politische, wirtschaftliche und kulturelle Machtgefälle in Frage und arbeitete daran
229 diese durch Reform und Revolution zu überwinden.

230 Der intensive Dialog der deutschen politischen und wirtschaftlichen Führung mit den Eliten Russ-
231 lands hat nicht zu einem positiven Verhalten geführt. Im Gegenteil: obwohl es sehr enge Kontakte
232 gibt zwischen Deutschland und Russland hat dies nichts genützt. Die Minsker Abkommen wer-
233 den nicht eingehalten, Russland organisiert Cyberangriffe gegen die Europäische Union und un-
234 terstützt Diktaturen wie den Iran und Syrien.

235 Es muss festgestellt werden: eine rein dialogbasierte Ostpolitik führt derzeit nicht zum Erfolg.

236 Die Sozialdemokratie muss sich deshalb von den Mächtigen in Russland abwenden und sich den
237 Betroffenen zuwenden. Sowohl den Menschen, die innerhalb Russlands von der repressiven Poli-
238 tik der Regierung betroffen sind, als auch die Menschen, die außerhalb Russlands von russischer
239 Aggression betroffen sind, benötigen unsere Solidarität.

240 **Konkrete Maßnahmen**

241 Eine neue Ostpolitik muss in verschiedenen Politikfeldern angesiedelt werden. Es Bedarf dabei
242 einer engen Abstimmung internationaler staatlicher und nicht-staatlicher Akteuer*innen, um ei-
243 nen sinnvollen Politikwechsel zu ermöglichen.

244 **Politische Ebene**

245 Die politische Ebene bleibt für eine neue Ostpolitik die zentrale Ebene. Politische Maßnahmen
246 müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass zu einem sinnvollen und zielführenden Dialog mit der
247 russischen Führung kommt, das aggressive Verhalten dieser gestoppt wird und die Europäischen
248 Staaten effektiver gegen Angriffe auf ihre Institutionen gestärkt sind.

249 **Zugeständnisse müssen im Verhältnis bleiben**

250 Im Zuge einer möglichen Deeskalierung der Lage in der Ukraine müssen wahrscheinlich politi-
251 sche Zugeständnisse an Russland gemacht werden. Diese müssen aber in einem Verhältnis blei-
252 ben zu Maßnahmen, die Russland macht. Unilaterale Maßnahmen zur Deeskalation sind nicht
253 zielführend, wenn sie einseitig bleiben.

254 **Öffentliche Skandalisierung**

255 Insbesondere die Propaganda von RT und Sputnik lebt von Verschwörungstheorien und Halb-
256 wahrheiten. Deshalb müssen staatliche Akteur*innen konkret russische Angriffe benennen und
257 skandalisieren. Nur wenn es gelingt ein allgemeines Problembewusstsein für die Lage zu schaffen,
258 kann es gelingen die aufgezeigten Probleme gemeinsam anzugehen.

259 **Kooperation zu Cybersicherheit**

260 Im Rahmen der Cybersicherheit müssen die Staaten enger miteinander kooperieren. Das bedeu-
261 tet konkret einen verbindlichen Austausch zu dem Thema zur organisieren, auch mit Ländern,
262 die nicht NATO oder EU-Mitglied sind, aber von erheblichen Cyberangriffen ausgesetzt sind, wie
263 beispielsweise der Ukraine.

264 **Stärkung demokratischer Institutionen**

265 Erwiesenermaßen sind Länder mit starken demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen
266 resistenter gegenüber populistischen Einflüssen. Deshalb müssen wir innerhalb der Europäi-
267 schen Union und unseren Nachbarländern intensiv kooperieren, um diese Institutionen und
268 staatlichen Strukturen zu stärken. Das bedeutet konkrete Unterstützung mit politischer Expertise
269 und finanziellen Ressourcen, um diese Stärkung zu vollbringen. Das bedeutet auch, dass das sys-
270 tematische Untergraben dieser Institutionen in Ländern wie Ungarn klar kritisiert und bekämpft
271 werden muss.

272 **Solidarität mit osteuropäischen Nachbarn**

273 Die Geschichte der osteuropäischen Staaten ist von einer wechselnden Dominanz Russlands und
274 Deutschlands geprägt. Wir müssen deshalb sicherstellen, dass die demokratischen Staaten und
275 Regierungen angesichts russischer Aggression unsere Solidarität haben und nicht, insbesondere
276 deutsche, Partikularinteressen eine höhere politische Priorität haben.

277 **Wirtschaftliche Ebene**

278 Im wirtschaftlichen Bereich muss der Einfluss, den die russische Führung sich darüber verschafft
279 eingedämmt werden. Darüber hinaus müssen auch die spezifischen Einzelpersonen, die sich über
280 korrupte Geschäfte Zugang und Einfluss schaffen auf Kosten der russischen Bevölkerung einge-
281 halt geboten werden

282 **Diversifizierung von Energiequellen**

283 Im Zuge einer strategischen Betrachtung von Energiequellen muss sich die Europäische Union
284 stärker diversifizieren. Mit der Energiewende muss es auch gleichzeitig gelingen, dass die EU un-
285 abhängig von politischen Einfluss durch Energiequellen wird. Angesichts der Tatsache, dass die
286 russische Führung zwischen 1992 und 2006 fünfundfünfzig Mal das Drosseln von Energieliefe-
287 rungen eingesetzt hat, um politische Ziele zu erreichen, muss die eine Energieunabhängigkeit ein
288 Ziel. Darüber hinaus kann dies auch zum Anlass genommen werden sich so noch unabhängiger
289 von fossilen Energiequellen zu machen und so den Klimawandel zu bekämpfen.

290 **Beschluss des „Global Magnitsky Act“**

291 Das Ziel des „Global Magnitsky Acts“ ist es Einzelpersonen, die sich auf Kosten der russischen Be-
292 völkerung bereichert haben und Milliarden an russischem Vermögen ins Ausland geschafft ha-
293 ben, davon abzuhalten dieses Verhalten weiter fortzuführen. Einige Staaten haben dieses Gesetz
294 bereits verabschiedet, zielführend ist es dies auf die gesamte Europäische Union auszuweiten.

295 **Wirtschaftliche Unterstützung für Südosteuropa**

296 Insbesondere die Südosteuropäischen Staaten sind von der allgemeinen wirtschaftlichen Ent-
297 wicklung weiter abgehängt. In Griechenland ist die Lage weiterhin dramatisch. Diese wirtschaft-
298 liche Lage führte in der Vergangenheit dazu, dass Staaten keine andere Chance hatten, als sich
299 neue Finanzquellen aus Russland zu organisieren. Wenn die Europäische Union ein Interesse
300 daran hat russischen Einfluss in Südosteuropa zu begrenzen und gleichzeitig diese Region nicht
301 abzuhängen, muss in die wirtschaftliche Entwicklung organisiert werden.

302 **Gesellschaftliche Ebene**

303 Auf der gesellschaftlichen Ebene müssen umfassende Maßnahmen getroffen werden, um orga-
304 nisierte Kriminalität zu bekämpfen, Korruption offenzulegen und demokratische Institutionen zu
305 stärken.

306 **Systematische Verfolgung organisierter Kriminalität**

307 Organisierte, grenzüberschreitende Kriminalität muss effektiv bekämpft werden. Das erfordert
308 einen engen Austausch der nationalen Polizeibehörden in Europa, aber auch mehr Ressourcen
309 für Europol und die Europäische Staatsanwaltschaft. Haftbefehle in einzelnen Ländern müssen
310 innerhalb der gesamten Europäischen Union durchgesetzt werden.

311 **Offenlegung von Korruption**

312 Die europäischen Geheimdienste sollten Informationen zu Korruption von russischen
313 Regierungs- und Wirtschaftsvertreter*innen offenlegen. Dazu gehören insbesondere Infor-
314 mation zu Vermögenswerten dieser Personen außerhalb Russlands. Im Zuge dessen muss auch
315 offengelegt werden, wenn Geldströme aus dem Ausland dafür genutzt werden, um bestimmte
316 politische Akteure zu unterstützen.

317 **Regulierung sozialer Medien**

318 Social-Media-Unternehmen müssen mit in die Verantwortung genommen werden, um Fakenews
319 und Hasskampagnen zu unterbinden. Es erfordert konkrete gesetzliche Vorgaben damit diese
320 Plattformen dafür Sorge tragen, dass sie nicht genutzt werden um Lügen und Menschenhass zu
321 verbreiten. Es hat sich gezeigt, dass eine Selbstregulierung nicht zum Erfolg führt.

322 **Nichtregierungsorganisationen unterstützen**

323 Nichtregierungsorganisationen spielen eine wichtige Rolle dabei Staatsstrukturen zu fördern, ins-
324 besondere in Staaten wo staatliche Institutionen schwach sind. Es müssen deshalb Ressourcen
325 eingesetzt werden, um NRO zu fördern, die sich für Demokratie, Minderheitenschutz und dem
326 Stopp von FakeNews einsetzen.

327 **Medienbildung stärken**

328 Für viele Menschen in Europa ist die Existenz und alltägliche Benutzung des Internets und Sozia-
329 ler Netzwerke eine äußerst neue Entwicklung. Dies führt dazu, dass es erhebliche Wissensdefizite
330 bei der Benutzung gibt. Deshalb ist es wichtig sowohl in den Schulen, als auch in der Erwachse-
331 nenbildung die Ausbildung in Medienkompetenz dramatisch zu erhöhen.

332 **Sicherheitspolitische Ebene**

333 Die stärker werdende Aufrüstung Russlands, erfordert auch eine Sicherheitspolitische Antwort.
334 Wichtigstes Ziel muss es sein den Frieden in Europa zu wahren. Das erfordert auf der einen Seite
335 einen Abrüstungsdialog zwischen Russland und der NATO und auf der anderen Seite die Stärkung
336 der Defensivfähigkeiten von NATO- und EU-Staaten.

337 **Dialogstrukturen aufbauen**

338 Dialogstrukturen müssen auf zwei Ebenen stattfinden. Eine Ebene muss bei den sicherheitspoli-
339 tischen Akteur*innen vor Ort liegen, sodass mögliche Missverständnisse nicht zu einer Eskala-
340 tion von Spannungen führen und zügig geklärt werden können. Darüber hinaus muss auch ein
341 gemeinsamer Dialog stattfinden wie eine Abrüstung, sowohl konventionell als auch unkonven-
342 tionell, vonstattengehen kann.

343 **Abwehr von Cyberangriffen**

344 Die Ausweitung von Cyberangriffen von verschiedenen Akteuer*innen erfordert einen dringenden
345 Ausbau der Cyberangriffabwehrfähigkeiten der Länder der Europäischen Union. Da die europäi-
346 sche Infrastruktur zunehmend vernetzter wird, ist es sinnvoll und zielführend dies auf der euro-
347 päischen Ebene zu machen.

F – Feminismus

Kann das mit 30 noch was werden? Vom Quoten-Geben und Quoten-Leben

Beschlusnummer 2018.F1

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

1 Die Quote hat ihr Ziel erst dann erfüllt, wenn sie überflüssig geworden ist.

2 Die Quote war nie ein Mittel zum Zweck, wir haben in der Partei keine Quoten nur um Wahlen in-
3 teressanter oder Männern das Leben schwer zu machen. Die Quote ist Antwort auf ein bestehen-
4 des Problem, dass nämlich Positionen mehrheitlich von Männern besetzt werden. Die Quote soll
5 diese Problem beheben, sie hat ein bestimmtes Ziel und sollte nie von Dauer sein. Vielmehr hat
6 die Quote ihren Zweck erfüllt, wenn sie überflüssig geworden ist, weil bei Wahlen in der Partei
7 von allein ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis erreicht wird.

8 Nach wie vor ist die Partei aber nicht in der Lage, Menschen entsprechend ihrem Interesse und
9 Engagement gleichberechtigt zu beteiligen. Nach wie vor sind wir von der Parität der Geschlechter
10 in unserer Partei weit entfernt, sei es in den Mitgliederzahlen oder der aktiven Beteiligung. Wir
11 hadern an vielen Stellen immernoch damit, die 40 %-Marke zu erreichen. Das Problem zieht sich
12 durch alles Gliederungen der Partei, von den Ortsvereinen und AG-Vorständen bis hin zu höheren
13 Ebenen und Delegationen.

14 Wir sind zwar schon einige Schritte weiter gekommen und haben mittlerweile auch kleine Erfolge
15 zu feiern. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir unser Ziel erreicht haben. Bei Weitem nicht.
16 Wir brauchen die Quote noch immer. Frauen* sollen nach vorne gebracht werden. Dabei wol-
17 len wir aber nicht nur weiße, heterosexuelle Frauen* in Funktionen bringen. Wir wollen ALLEN
18 Frauen* eine gleichartige und gleichwertige Teilhabe am politischen Leben ermöglichen.

19 Die Quote allein ist auch nicht die Lösung

20 Je höher in der Hierarchie angekommen, desto dünner wird die Luft für Frauen*. Nach wie vor
21 wird immer noch der Begriff „Quotenfrau“ verwendet um deutlich zu machen, dass die jeweils
22 agierende Frau* nicht geeignet und qualifiziert ist für die Position, in der sie sich befindet. Oder
23 auch anders formuliert: Wie kann es eine Frau* nur wagen, einem so so überragend qualifizier-
24 ten Mann den Platz wegzunehmen? Das entspricht nicht unserem Verständnis und unserem An-
25 spruch an die Quote!

26 Nach knapp 30 Jahren sollten wir nicht nur genug Zeit gehabt haben, um uns an die Geschlech-
27 terquote gewöhnt zu haben und auf ihr begründete Arbeitsweisen entwickelt zu haben. Es sollte
28 auch genug Zeit gewesen sein, zu erkennen, dass die Quote immer auch mit einer konsequenten
29 Frauen*förderung verbunden sein muss. Denn Die Idee ist nicht, dass einem Vorstandskollek-
30 tiv kurz vor den Wahlen auffällt, dass noch Frauen* benötigt werden und die sich dann logische

31 anschließende Handlung ist, eine Genossin zu suchen, die in die Position gedrängt wird. Die Ge-
32 nossinnen* sollen gestärkt und Supporten werden. Denn das reine Begeistern von Frauen* für die
33 politische Arbeit oder die Anerkennung ihrer Existenz reicht bei weitem nicht aus! Wir alle tragen
34 die Verantwortung, dass Frauen* in unserer Partei sich befähigt fühlen, Ämter und Mandate zu
35 übernehmen. Denn eine Quote allein ist noch keine Lösung für die vielfältigen Probleme, die der
36 geringen Frauen*beteiligung in unserer Partei zu Grunde liegen.

37 **Kein Grund sich zurück zu lehnen – Die Quote ist ein Arbeitsauftrag**

38 Eine Quote ist deshalb noch kein Grund sich zurückzulehnen - sie ist ständige Aufgabe an die
39 handelnden Funktionär*innen. Sie muss immer wieder aufs neue erkämpft, verteidigt und mit
40 Leben gefüllt werden.

41 Dazu gehört, das Reißverschlussverfahren bei Listenaufstellungen konsequent umzusetzen. Es
42 gibt keine validen Ausnahmen vom Reißverschluss wenn wir von Anfang an die Quote mitdenken
43 und uns frühzeitig um eine Frauen*beteiligung kümmern.

44 Dazu gehört auch, dass wir die Quote nicht nur dort zähneknirschend akzeptieren, wo die Sat-
45 zung sie uns vorgibt. Eine konsequente Quotierung sollte sämtlichen Handeln in unserer Partei
46 zugrunde liegen, angefangen bei den Grußworten unserer Parteitage und Veranstaltungen. Denn
47 wie wollen wir denn Frauen* vermitteln, dass sie in unserer Partei wertgeschätzt und ernstgenom-
48 men werden, wenn wichtig genug für ein Grußwort doch immer wieder hauptsächlich Männer
49 sind?

50 Gerade wenn die Quote laut Statuten nicht gilt, wird sie umso konsequenter zunichte gemacht.
51 Wir sehen sowohl in vielen geschäftsführenden Vorständen als auch in Fraktionsvorständen, dass
52 die Quote nach wie vor nicht gelebter Teil unseres politischen Wirkens ist. Wo Positionen hin-
53 gegen nur einzeln besetzt werden und eine Quotierung nicht in Betracht kommt zeigt sich das
54 Patriarchat stets von seiner besten männerdominierten Seite.

55 Viel zu viele Bereiche unserer Partei existieren sogar gänzlich jenseits und außerhalb der Quote.
56 Dass die Arbeit in unserer Partei auf unterschiedlichsten Ebenen und in einer Vielzahl verschie-
57 dener Arbeitsgemeinschaften stattfindet, können wir nicht hoch genug wertschätzen. Doch diese
58 Vielfalt darf nicht dazu führen, dass viele Teile der Partei die Quote konsequent missachten/ dass
59 sie Schlupflöcher für ein Quotenfreies Parteileben ermöglicht! Dies ist nicht nur Problem der unte-
60 ren Gliederungsebenen, sondern zieht sich in Arbeitsgemeinschaften bis zur Bezirksebene. Wenn
61 wir deshalb unsere Quote ernstnehmen und zur vollen Wirkung verhelfen wollen, müssen wir
62 auch bereit sein, unquotierte Vorstände zumindest auf Bezirksebene konsequent aufzulösen.

Quote fürs Parlament

Beschlusnummer 2018.F2

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bezirksparteitag

1 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen* besetzt sein, um als demokratisch le-
2 gitimiertes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur so kann eine
3 Repräsentation der Wähler*innen erreicht werden. Daher fordern wir, das Wahlrecht dahinge-
4 hend zu ändern, dass eine entsprechende Zusammensetzung der Parlamente gewährleistet wird.
5 Dazu fordern wir als ersten wichtigen Schritt für die Bundestags- und Landtagswahlen:

6 • Direktmandate werden wie bisher durch die Parteien aufgestellt und in direkter Wahl durch
7 die Bürger*innen gewählt.

8 • Sollten die von einer Partei errungenen Direktmandate mehrheitlich männlich besetzt sein,
9 ziehen über die übrigen Listenplätze ausschließlich Frauen* in das Parlament ein, bis eine
10 paritätische Besetzung von 50 % erreicht ist.

11 • Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Direktmandate erzielt wurden oder für die wei-
12 teren Plätze nachdem eine Besetzung mit 50 % Frauen* erreicht wurde, ziehen die Kandi-
13 dat*innen der Liste im Reißverschlussverfahren ein.

14 • Sofern keine weiteren Frauen* mehr auf der Liste stehen um die errungenen Plätze in die-
15 sem Verfahren zu besetzen, verfallen die übrigen Mandate einer Partei.

16 Wünschenswert bleibt daneben eine stärkere Besetzung mit Frauen* bei der Nachbesetzung von
17 Wahlkreisen. Für Kommunalwahlen sind durch die Länder entsprechende Regelungen, die eine
18 Parität sicherstellen, zu verabschieden. Ebenso gilt dies für die Wahlen zum europäischen Parla-
19 ment.

Begründung

Wo stehen wir?

Es ist traurige Realität, dass wir auch 99 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen* noch immer keine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente, unserer Gesetzgebungsorgane, erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem Frauen*anteil von 50 %, wie er dem Anteil der Frauen* an der Wahlbevölkerung entsprechen würde, in Bundestag und Landtagen weit entfernt. Im Jahr 2017 hat sich der Frauen*anteil sowohl im Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag sogar noch verringert.

Derzeit beträgt der Frauen*anteil der Bundestagsabgeordneten nur 31 %. Im letzten Bundestag, bis 2017, waren es immerhin 37,1 %. Zum Vergleich: 1990 lag der Frauen*anteil im Bundestag immernoch bei desaströsen 20,5 %, 1998 stieg er auf 30,9 %, während es 2002 mit 32,5 % sogar mehr als heute waren.

Schaut man auf den Anstieg des Frauen*anteils der vergangenen Legislaturperioden wird klar, dass sich eine paritätische Besetzung des Parlaments auf absehbare Zeit nicht von alleine ergeben wird. Es handelt sich um keine Nachwehe des viel zu spät anerkannten Frauen*wahlrechts,

sondern um ein strukturelles Problem der Politik. Und diese strukturelle Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegengewicht durch verbindliche Frauen*quoten gibt. So ist der Frauen*anteil in den Fraktionen der Grünen, der Linken und der SPD mit jeweils über 40 %, teilweise sogar über 50 % nahezu ausgeglichen (Grüne: 58,2 %; Linke: 53,6 %; SPD: 41,8 %). In jenen Parteien, die sich selber keine Quotierung für Wahllisten auferlegt haben, ist der Frauen*anteil dagegen deutlich schlechter oder auch so gut wie nicht existent (CDU: 19,9 %, FDP: 22,5 %; AfD: 10,8 %).

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den ebenfalls 2017 neu gewählten niedersächsischen Landtag. Hier beträgt der Frauen*anteil seit der Wahl sogar nur 27,7 %. Bis zur Wahl 2017 waren es hier dagegen noch 31,4 % Frauen*. Der niedersächsische Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits einer gleichberechtigten Repräsentation der Bevölkerung als der Bundestag.

Wo wollen wir hin?

Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament, nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo Gesetze gemacht und Entscheidungen getroffen werden müssen Frauen* zu gleichen Teilen beteiligt werden. In unserer repräsentativen Demokratie muss die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die Staatsorgane haben. Tatsächlich fehlt Frauen* dieser Einfluss jedoch, da sie im Parlament nicht repräsentativ vertreten sind. Ihre Interessen und Perspektiven bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt.

Wenn aber 50 % der Bevölkerung in unseren Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind, untergräbt das nicht nur die demokratische Legitimation dieser Institutionen, es heißt zugleich auch, dass die männliche Hälfte der Bevölkerung mit ihren Interessen und Vorstellungen überrepräsentiert sind.

Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem oder familiärem Umfeld darf nicht ausgeblendet werden, dass es gerade die Politik ist, von der aus die Rahmenbedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade unserer Gesetzgebung darf daher die weibliche Perspektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patriarchale System, in dem nur Männer die Regeln machen, gestützt!

Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts- und Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der Geschlechter. Selbst die EU-Kommission hat bereits 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und Frauen* in der Wirtschaft wie auch in der Politik in vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als undemokratisch bewertet - und Maßnahmen von den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarländern hat dies zum Teil bereits gefruchtet, dort wurden in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Griechenland mittlerweile Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

Wie kommen wir zum Ziel?

Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig räumen um für mehr Frauen* in der Politik Platz zu machen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des Frauen*wahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frauen* in der Politik angemessen zu berücksichtigen, wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es handelt sich dabei um keine Einzelfälle oder individuelle Probleme von Frauen*, die benachteiligt werden – die Diskriminierung hat System. Deshalb braucht es klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen* an der Politik sicherstellen – für alle Parteien. Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen* von politischen Mandaten abhalten, aufgebrochen werden.

Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist der einzige Weg, um Frauen* gleichberechtigt in politische Entscheidungen einzubinden; um sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen* Gehör finden; und um eine lange überfällige Förderung von Frauen* in der Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder, die anderen Frauen* das Gefühl geben, den Schritt in die Politik wagen und dort etwas erreichen zu können. Wir müssen aber auch die Voraussetzungen politischen Engagements überdenken und Hindernisse verschiedenster Art abbauen, welche talentierte und qualifizierte Frauen* von politischen Ambitionen abhalten. Die Frauen*quote ist dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig ist die Quote auch hier wie überall kein Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine eigenständig funktionierende paritätische Besetzung der Parlamente überflüssig werden.

Ziel muss sein, dass nicht nur jene Fraktionen paritätisch besetzt sind, welche sich freiwillig und parteiintern eine Quote gegeben haben, sondern ALLE. Parteien, die eine entsprechende Berücksichtigung von Frauen* auf ihren Wahllisten nicht gewährleisten, muss als Konsequenz der Verlust von Parlamentssitzen drohen, um die Quotierung auch gegenüber jenen Parteien durchsetzen zu können, welche das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter an der politischen Entscheidungsfindung nicht teilen. Von demokratischer, gleichberechtigter Teilhabe kann sich keine Partei ausnehmen, sie muss unbedingte Voraussetzung für die Beteiligung in einem Parlament sein.

Geschlechterneutrale WCs

Beschlusnummer 2018.F3

Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern die Einführung von geschlechts- und genderneutralen Toilet-
2 ten in allen öffentlichen Gebäuden. Genderneutrale Toiletten verhindern die Diskriminierung und
3 den Zuordnungszwang, dem Trans*Menschen, Intersex*Menschen und alle Menschen, die sich
4 nicht dem binären Geschlechtssystem zuordnen wollen oder können, täglich ausgesetzt sind. Das
5 binäre Geschlechtssystem ist durch das Bundesverfassungsgericht, medizinische Befunde, sowie
6 de facto existierende Lebensentwürfe nicht mehr tragfähig für Teile der Gesellschaft. Die täglichen
7 Fortschreibungen und Konstruktionen von einer Geschlechterbinarität sollten aufgebrochen wer-
8 den.

9 Genderneutrale Toiletten sind bereits an mehreren Orten eingeführt worden, darunter Univer-
10 sitäten in Kalifornien, Berliner Behörden, New York und darüber hinaus gibt es an vielen Orten
11 Diskussionen um eine Einführung.

12 Dennoch sollten spezifische Toiletten als Schutzräume erhalten bleiben, es soll nicht um eine
13 Unisierung gehen, sondern darum, dass Vielfalt ihren Ausdruck bekommt.

G – Gesundheit und Körperpolitik

Meine Pille bekomme ich, wann ich sie brauche — und wo es mir passt

Beschlusnummer 2018.G1

Antragsteller*innen Jusos UB Hildesheim

- 1 Wir fordern einen einfacheren Zugang zur Anti-Baby-Pille für Frauen*. Konkret soll dies durch
2 folgende Möglichkeiten alternativ gewährleistet werden
- 3 • Frauenärzt*innen und Hausärzt*innen sollen dazu angehalten werden unkompliziert
4 Folgerezepte für Antikontrazeptiva zu verschreiben.
 - 5 • Eine „Pillenkarte“ soll eingeführt werden. Mit dieser soll die Patientin* ohne vorherigen
6 Ärzt*innenkontakt von ihrer jeweiligen Anti-Baby-Pille bis zu drei Monatspackungen bekom-
7 men um bei Bedarf schnell eine neue Packung parat zu haben.

Begründung

Es ist 2018. Frauen* haben keine Zeit dafür tagelang einem Pillenrezept und der Pille an sich selbst nachzurennen. Und sie sollten dazu auch nicht verpflichtet werden.

Das Wort Handicap aus dem Wortschatz streichen

Beschlusnummer 2018.G2

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

- 1 Die Jusos mögen beschließen, dass sowohl in Anträgen oder anderen Schriften als auch in Wort-
- 2 beitragen das Wort Handicap vermieden wird und stattdessen andere, passendere Wörter wie
- 3 zum Beispiel Beeinträchtigung oder Behinderung genutzt werden.

Begründung

Das Wort „Handicap“ wird häufig benutzt, wenn man sich besonders korrekt ausdrücken möchte. Dies geht meistens nach hinten los. Denn bei dem Begriff „Handicap“ wird das soziale Modell von Behinderung außer Acht gelassen. Dies besagt, dass Menschen nicht nur durch ihre körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, sondern auch durch die Gesellschaft behindert werden, beispielsweise indem Lehrkräfte nicht wissen wie sie mit Menschen mit Beeinträchtigungen umgehen sollen oder durch fehlende Untertitelung oder Gebärdendolmetschung von Veranstaltungen. Deswegen sollte man entweder von Menschen mit Beeinträchtigungen sprechen oder, vor allem wenn das Hauptaugenmerk auf der gesellschaftliche Diskriminierung liegt, von Menschen mit Behinderungen, da dies die Beeinträchtigung häufig für die betroffene Person erst zu einem Problem, und somit zu einer Behinderung macht. Wichtig ist vor allem, dass man von einem Menschen spricht, da auch Menschen mit Behinderungen allem voran Menschen sind, und ihre Behinderung nur ein Aspekt ihres Mensch-seins ist.

Des weiteren ist die Herkunft des englischen Wortes „Handicap“ problematisch. Es wurde im Jahr 1504 vom englischen König Henry VII initialisiert. Er erlaubte damals, dass Menschen mit Beeinträchtigungen mit einer Kappe in der Hand (cap in hand) in den Straßen betteln dürfen. Diese Personen wurden anschließend als handicapped bezeichnet. Dieses Wort entwickelte sich später zu „Handicap“ weiter.

Menschen mit Beeinträchtigungen sollten also höchstens beim Golf spielen mit dem Wort „Handicap“ konfrontiert werden.

Verpflichtende Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch gesetzliche und private Krankenkassen

Beschlusnummer 2018.G3

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

- 1 Wir fordern, dass Schwangerschaftsabbrüche ohne medizinische Indikation voll von gesetz-
- 2 lichen und privaten Krankenkassen bezahlt werden, wie es bereits bei Schwangerschaftsab-
- 3 brüchen mit medizinischer oder kriminologischer Indikation der Fall ist. Sobald es eine Bür-
- 4 ger*innenversicherung gibt, soll dieses ebenfalls von dieser bezahlt werden.

Begründung

Zurzeit bezahlen die gesetzlichen und privaten Krankenkassen ausschließlich die verpflichtenden Beratungsgespräche, Heilmittel und bei eventuellen Komplikationen durch den Abbruch. Die eigentlichen Kosten sind von der Versicherten selbst zu tragen.

Bei geringen Einkommen unter 1075 Euro netto¹ kann eine Kostenübernahme bei der jeweiligen Krankenkasse gestellt werden. Hier müssen Vermögens- und Einkommensverhältnisse offen gelegt werden, es darf kein kurzfristig verfügbares Vermögen vorhanden sein. Liegt das Einkommen über der festgelegten Grenzen müssen die Kosten von je nach Eingriff bis zu 800 Euro selbst getragen werden.

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung gehört zu den Grundpfeilern des Feminismus. Von einer Frau die eine Schwangerschaft abbrechen möchte zu verlangen, dass sie ihre finanzielle Situation offenlegt und unter Umständen eine hohe finanzielle Belastung eingehen muss, steht diesem körperlichen Selbstbestimmungsrecht entgegen. Ein Schwangerschaftsabbruch muss als eine medizinische Leistung akzeptiert werden und ebenso behandelt werden.

¹Stand: 2015, https://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Reihe_Koerper_und_Sexualitaet/schwangerschaftsabbruch.pdf

„Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen

Beschlusnummer 2018.G4

Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bezirksparteitag

1 Laut dem Aktionsbündnis Seelische Gesundheit und internationalen Studien zeigen ca. 20 % aller
2 Heranwachsenden psychische Auffälligkeiten. Etwa 5 % der Jugendlichen in Deutschland erkrank-
3 ken an einer gravierenden psychischen Störung. Psychische Krankheiten sind dementsprechend
4 keine Seltenheit bei jungen Menschen. Dennoch ist der momentane Umgang mit ihnen erschre-
5 ckend. Ein solcher hat meist aber schwerwiegende Folgen. Deshalb müssen wir etwas ändern. Ein
6 Umdenken muss zuerst in den Schulen ansetzen, denn diese und insbesondere die Lehrer*innen
7 sind kaum bis gar nicht auf diese Problemstellung eingestellt und oftmals überfordert. Daran
8 muss sich etwas grundlegend ändern, denn auch das ist ein Teil von Inklusion und ein Zeichen
9 für eine offene und tolerante Gesellschaft.

10 Deshalb fordern wir:

- 11 • Schulen müssen verpflichtend ein Konzept zum Umgang mit psychischen Erkrankungen er-
12 stellen, um so eine angemessene Unterstützung von erkrankten Schüler*innen zu gewähr-
13 leisten. Zur Orientierung soll ein interdisziplinäres Expertengremium mit Vertreter*innen
14 aus Pädagogik, Medizin und Bildungsministerium eine Leitlinie mit wichtigen Eckpunkten
15 für ein angemessenes Verhalten erstellen.
- 16 • Außerdem soll es mehr Schulpsycholog*innen geben. Der Betreuungsschlüssel muss dras-
17 tisch steigen. Die Expert*innen sollen eng mit den Lehrkräften zusammenarbeiten, aber
18 auch mit den Schüler*innen. So soll es die Möglichkeit geben, auch in einzelne Klassen zu ge-
19 hen, um dort die Klassengemeinschaft zu sensibilisieren. Auch so soll Mobbing von Kindern
20 mit psychischen Erkrankungen vorgegriffen werden.
- 21 • Ein individuelleres Lernen muss ermöglicht werden. So sollte es mehr Härtefallregelungen
22 geben, damit die Jugendlichen nicht noch mehr unter Druck gesetzt werden. Lehrer*innen
23 sollten ein größeres Verständnis dafür entwickeln, dass Jugendliche mit psychischen Krank-
24 heiten nicht genauso lernen können, wie andere. Deshalb müssen neue Methoden und Un-
25 terstützungsmechanismen entwickelt werden, die individuell angepasst werden.

26 Aber nicht nur in der Schule brauchen wir ein Umdenken. Auch die Eltern müssen mehr und
27 besser unterstützt werden, wir dürfen sie nicht allein lassen. Deshalb fordern wir:

- 28 • Familiencoachings für Familien von psychisch erkrankten Jugendlichen als Krankenkassen-
29 leistung aufzunehmen. Ein wichtiger Schritt, um der ganzen Familie zu helfen.
- 30 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern. So muss es einen engeren
31 Kontakt geben, um dem Kind besser gerecht zu werden.
- 32 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulpsycholog*innen und Eltern muss erreicht
33 werden. Individuelle Lösungen für das Kind sollen so leichter gefunden und entwickelt wer-
34 den.

³⁵ All diese Punkte zeigen: wir brauchen ein Umdenken. Wir müssen sensibler mit solchen Erkrankun-
³⁶ gungen umgehen und mehr Awareness schaffen, vor allem bei jungen Menschen. Denn ein fal-
³⁷ scher Umgang ist prägend für den Rest des Lebens.

Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf

Beschlusnummer 2018.G5

Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen

- 1 Wir fordern, dass die Erforschung von Verhütungsmitteln für Männer* vorangetrieben wird.
- 2 Landes- und Bundesregierung sollen universitäre Forschung auf diesem Gebiet unter anderem fi-
- 3 nanziell unterstützen, sowie Pharmaunternehmen geeignete Anreize schaffen, sich ebenfalls dar-
- 4 an zu beteiligen.

Begründung

Noch immer ist die Verhütung vor allem der Frau* überlassen. Viele Männer* machen sich darüber kaum Gedanken. Zugegeben, es gibt wesentlich weniger Möglichkeiten für Männer*, zu verhüten. Das liegt aber vor allem daran, dass kaum in die Forschung investiert wird, da die Nachfrage wenig spürbar ist. Zudem kommen Forschungsergebnisse oft nicht als Medikamente auf den Markt, da sie zu hohe Nebenwirkungen haben, so auch bei der Pille für den Mann*. Vergleicht man diese nun aber mit den Nebenwirkungen für die Pille zur hormonellen Verhütung für Frauen* gibt es kaum Unterschiede, außer dass die Liste für Zweitere nur noch länger ist. Frauen* sollten nicht mit diesen Nebenwirkungen leben müssen, es müssen Alternativen geschaffen werden, die auch den Mann* einbeziehen.

Wir sagen: Es muss ernsthaft in die Forschung an Verhütungsmittel für Männer* investiert werden. Forschungsgelder müssen als Anreize bereitgestellt werden. Nur so wird es zu einer ernsthaften, zielorientierten Forschung kommen. Denn Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf!

Organspende stärken!

Beschlusnummer 2018.G6

Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bezirksparteitag

1 Wir fordern, dass endlich die Widerspruchslösung bei Organspenden eingeführt wird. Dies be-
2 deutet, dass jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahrs zu einer organspendenden Person
3 wird, insofern diesem nicht komplett oder in Teilen widersprochen wird. Alle Personen sollen dar-
4 über vor ihrem 18. Geburtstag postalisch mit einem ausführlichen Informationsschreiben hinge-
5 wiesen werden. Das Schreiben soll ermöglichen, dass man auf einfache Art und Weise widerspre-
6 chen kann. So müsste das Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und
7 Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) in §3 (Entnahme mit Einwilligung des Spenders) geän-
8 dert werden. §4 TPG entfällt und §7 Absatz 1 und Absatz 2 TPG werden angepasst.

9 Außerdem soll es ein breit aufgelegtes Informationsprogramm geben, dass über die Chancen, aber
10 auch die Risiken einer Organspende informiert. Dieses soll vom Bundesministerium für Gesund-
11 heit angeleitet werden und unter anderem auch an Schulen stattfinden. Ziel soll es sein, die Be-
12 völkerung besser über das Thema der Organspende zu informieren.

Begründung

Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem eine Entscheidungslösung bei Organspenden gilt. D.h. dass sich Personen aktiv dazu entscheiden müssen, Organspender*in zu werden. Die Zahl der Personen, denen tatsächlich Organe entnommen wurden lag 2017 in Deutschland bei 9,3 pro Millionen Personen und somit unter der 10 pro Millionen Personen, die international als Voraussetzung für ein funktionierendes Organspendesystem gilt (Quelle: Jahresbericht der Stiftung Eurotransplant). Deutschland liegt damit ganz hinten im europäischen Vergleich.

In einer Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2016) haben 81 Prozent der Befragten angegeben, einer Organ- und Gewebeentnahme positiv gegenüberzustehen, allerdings hatten nur 32 Prozent der Befragten einen Organspendeausweis. Diese Zahlen machen deutlich, dass vielen Menschen, die auf eine Organspende angewiesen sind, geholfen werden könnte, wenn die Widerspruchslösung eingeführt würde. Momentan müssen die Menschen nämlich noch von sich aus aktiv werden, um einen Organspendeausweis zu beantragen. Ein Schritt, den zu wenige gehen.

Aufhebung der Altersgrenze in der Familienversicherung während der (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung

Beschlusnummer 2018.G7

Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen

- 1 Wir fordern das Fortbestehen in der Familienversicherung für sich in (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung befindenden Personen über die Vollendung des 25. Lebensjahrs hinaus.
- 2

Begründung

Nach aktueller Gesetzeslage endet in der Regel mit der Vollendung des 25. Lebensjahres die Möglichkeit der kostenlosen Versicherung von sich in Schul- und Berufsausbildung (z.B. einem Studium) befindenden Personen über die Familie und er*sie muss sich eigenständig krankenversichern. Studierende können sich dabei bis zum 30. Lebensjahr oder 14. Semester in der Krankenversicherung der Studierenden (KVdS) für ungefähr 80–90 € versichern. Sollte während des Studiums das 30. Lebensjahr oder das 14. Semester vollendet werden, fällt der*die Studierende auch aus der KVdS heraus und muss sich für einen Beitrag von ungefähr 140 € eigenständig versichern. Im Zuge der Gleichbehandlung von Studierenden und Auszubildenden gelten die Beitragssätze der KVdS ebenfalls für Auszubildende über 25 Jahren.

Die Krankenversicherungsbeiträge stellen dabei einen hohen finanziellen Mehraufwand dar und benachteiligen alle jene Studierenden, die beispielsweise ein Studium über den zweiten Bildungsweg aufgenommen haben oder aufgrund von Pflege, Krankheit oder Arbeit länger studieren müssen. Des Weiteren fällt dieses System denjenigen zur Last, die freiwillig länger studieren – sei es beispielsweise aus Gründen wie fachlichem Interesse oder ehrenamtlichen Engagement. Ebenso betroffen sind Studierende, die auf Grund von den herrschenden Numerus Clausus Regelungen und damit einhergehenden Wartezeiten ihr Studium erst später aufnehmen können. Da viele der sich in schulischer Ausbildung Befindenden oftmals keine Ausbildungsvergütung erhalten und oftmals Schulgeld entrichten müssen, sind auch diese stark durch die Krankenversicherungsbeiträge belastet.

Wir fordern daher im Sinne des lebensbegleitenden Lernens und eines gerechten, vom Geldbeutel unabhängigen Bildungssystems, die Aufhebung der Altersgrenze für die Versicherungsmöglichkeit in der Familienversicherung für sich in (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung befindende Personen.

I – Inneres und Antifaschismus

Keine Werbung für Kindersoldaten – für einen kritischen Umgang mit der Bundeswehr

Beschlusnummer	2018.I1
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

- 1 Werbung für die „Arbeitgebermarke Bundeswehr“ (Eigenbezeichnung) ist strikt abzulehnen. Das
- 2 angemessene Mittel, um junge Menschen über das Berufsbild von Soldat*innen zu informieren,
- 3 sind Aufklärung, Reflexion und Diskussionen an Schulen unter Leitung von vorbereitetem Lehr-
- 4 personal.

Begründung

Um neue Rekrut*innen zu gewinnen, setzt die Bundeswehr sowohl Kommunikationsmittel als auch einen Kommunikationsstil ein, der dazu geeignet ist, junge Menschen zu adressieren. Zu den Kommunikationsmitteln gehört insbesondere die verstärkte Internetwerbung in Gestalt von Chat-Bots („MALIBOT“) für den Facebook-Messenger und Webserien wie „Die Rekruten“ (2016) oder „MALI“ (2017), die über Youtube vertrieben werden. Der Stil der Werbung appelliert an den Abenteuerdrang und, wie sich insbesondere in der aktuellen Kampagne für den MINUSMA-Einsatz in Mali zeigt, das typische Fernweh junger Menschen. Die Plakate, die sich an den Haltestellen des ÖPNV finden oder im Fahrgastfernsehen zu sehen sind, ähneln der Werbung für neue Computerspiele, konkret Shooter. Man könnte ohne große Phantasie die Werbemotive der Mali-Kampagne für eine Erweiterung der Action Shooter Reihe Battlefield halten: Drei Soldat*innen in Kampfmontur blicken fest und entschlossen die Zuschauer*innen an, umspielt vom rätselhaften Wüstensand. Auch die Webserien erinnern an bekannte Unterhaltungsformate, indem sie durch Aufnahmen aus dem angeblichen Alltag der Soldat*innen bzw. der Rekrut*innen und das Erzeugen einer emotionalen Verbindung zu diesen Protagonist*innen den Stil einer Doku-Soap imitieren. Dass die Webserien der Bundeswehr gängige TV-Formate nachahmen, zeigt sich auch in der Tatsache, dass sich RTL II die Rechte an „Die Rekruten“ sicherte.

Ziel der Werbekampagne ist offenkundig, das Image der Bundeswehr in den Augen junger Menschen zu verbessern. Die Mittel, die zu diesem Zweck eingesetzt werden, sind deutlich abzulehnen, denn sie werden der besonderen Verantwortung, die der Beruf als Soldat*in mit sich bringt, und auch den brisanten Fragen nach Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht gerecht.

Soldat*innen sind einer außergewöhnlich strengen Hierarchie ausgesetzt und werden dazu ausgebildet, gehorsam zu sein. Gehorsam ist, wie die deutsche Geschichte zeigt, immer eine potentielle Gefahr für eine freie Gesellschaft und die Demokratie. Deshalb benötigen Soldat*innen ein ganz besonderes Maß an Aufklärung und an Reflexionsvermögen, um in der Lage zu sein, die Grenzen des Gehorsams zu erkennen und bei Bedarf aus ihrer Rolle als „Dienende“ ausbrechen zu können. Wenn die Werbekampagne der Bundeswehr aber nicht Menschen mit Reflexionsvermögen,

sondern besonders abenteuerlustige Menschen anspricht, wenn sie es zu einem Unterhaltungs-event macht, dass ein junger Rekrut in „Die Rekruten“ eine mit Tape-markierte Linie im Flur nicht überschreiten darf, weil das eben ein Befehl ist, dann entzieht sich die Bundeswehr ihrer Verantwortung.

Soldat*innen tragen auch deshalb eine besondere Verantwortung, weil sie ausgebildet sind, im Bedarfsfall tödliche Gewalt anzuwenden. Der Fall Franco A. und die damit einhergehenden Terrorermittlungen zeigen, dass die Kombination aus Rassismus, Militärtradition und Zugang und Umgang mit Waffen ein ernstzunehmendes Risiko für die Sicherheit vieler Menschen bedeutet. Die Bundeswehr stellt sich in ihrer Werbekampagne jedoch wie ein realgewordenes Computerspiel dar und lockt damit vor allem Menschen, die ihren Spaß an virtuellen Schießereien auf die Wirklichkeit übertragen können. Damit lädt man zur Verherrlichung von Gewalt ein und schafft möglicherweise langfristig eine Mentalität, die den verantwortungsvollen Umgang mit der Macht, Waffengewalt einsetzen zu können, unterminiert.

Nicht zuletzt stellen Einsätze der Bundeswehr im Ausland wie beispielsweise im Rahmen der UN-Friedensmission „MINUSMA“ sehr kontroverse politische Streitfragen dar. Sowohl für die eingesetzten Soldat*innen bestehen Risiken (wie der Absturz des Kampfhubschraubers Tiger am 26. Juli 2017 zeigte) wie auch für die Bevölkerungen der Einsatzländer. Ein so vielschichtiges, komplexes und ernsthaftes Thema wie Auslandseinsätze sollte nicht zum Gegenstand einer Imageverbesserung und einer sich adoleszent gebenden Werbekampagne werden. Es handelt sich dabei nicht um Abenteuer camps für energiegeladene junge Menschen, sondern um Extremsituationen in Krisengebieten, die eine enorme Belastbarkeit, eine hohe Opferbereitschaft und eine große interkulturelle Sensibilität erfordern, um verantwortungsvoll wahrgenommen zu werden.

Aus all diesen Gründen sollte die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover durch Annahme dieses Antrags zum Ausdruck bringen, dass sie die beschriebene Art der Bundeswehrwerbung deutlich ablehnt. Die Bundeswehr ist kein „normaler Arbeitgeber“ und trägt eine außergewöhnliche Verantwortung, seine Rekrut*innen zu Reflexion und Verantwortungsgefühl anzuregen, ja, solche Eigenschaften gar zum Einstellungskriterium zu erheben. Durch die beschriebene Werbung werden genau gegenteilige Eigenschaften adressiert und eine gefährliche Mentalität, im schlimmsten Fall eine unreflektierte Militarisierung der Jugend gefördert.

Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen

Beschlusnummer 2018.I3
Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Die Jusos Bezirk Hannover fordern konkrete Förder- und Förderungsmaßnahmen der Politik auf
2 allen Ebenen für mehr Aufklärungsarbeit nationalsozialistischer Verbrechen in Privatunterneh-
3 men. Von der Kommune bis zur Bundesregierung muss es Maßnahmen geben, die anregen, dass
4 es sowohl bei Klein- als auch Großunternehmen eine umfassende Aufarbeitung ihrer jeweiligen
5 Involvierung in nationalsozialistische Verbrechen und Vergangenheiten gibt.

6 Die umfassende Aufarbeitung, die in öffentlichen Institutionen durchgeführt wird, ist wichtig
7 und richtig, doch bildet sie nur die Hälfte einer Erinnerung an nationalsozialistische Verbre-
8 chen. Zwangsarbeiter*innen in Fabriken, Opfer medizinischer Experimente und auch Zwangs-
9 arbeiter*innen in einer Bäckerei – und seien es nur zwei Menschen gewesen – müssen mit dem
10 gebührenden Respekt einer Aufarbeitung bedacht werden. Die Vorstellung, nationalsozialistische
11 Verbrechen wären im Alltag nicht präsent gewesen, es würde unbescholtene Soldaten geben oder
12 Großunternehmen, die unbeteiligt gewesen seien, muss für eine von den Jusos forcierte Erinne-
13 rung radikal dekonstruiert werden. Als spätestens ab 1943 vom totalen Krieg und damit der Inan-
14 spruchnahme aller gesellschaftlichen Ressourcen für den Krieg die Rede war und der Faschismus
15 und die Gleichschaltung bereits vorher auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreifen, kann es
16 keine neutrale Position geben. Theodor W. Adorno behält recht, wenn er sagt: „Es gibt kein rich-
17 tiges Leben im falschen.“

18 Gerade heute, wo von einer „Erinnerungspolitischen Wende“ und von der „geistigen Rehabilita-
19 tion“ von Wehrmachtssoldaten gesprochen wird, muss ein antifaschistischer Richtungsverband
20 klare Position beziehen. Wir dürfen den politischen Rechten nicht den Erinnerungsdiskurs über-
21 lassen, sondern im Gegenteil, ihn für uns beanspruchen und nicht aufhören, den Finger in die
22 Wunde zu legen. Es stehen immer noch Fragen aus und zu wenig wurde bisher getan, um eine
23 umfassende Aufarbeitung von Privatunternehmen zu ermöglichen. Die meisten Unternehmen,
24 die in diese Richtung ihre eigene Vergangenheit erforschen, tun das auf Eigeninitiative. Für die
25 Aufarbeitung der eigenen DDR Vergangenheit gibt es Fördertöpfe, in mindestens gleichem Maße
26 braucht es das auch für die Aufarbeitung von nationalsozialistischer Vergangenheit. Zusätzlich ist
27 die Beschäftigung mit der Vergangenheit keine Beliebigkeit, wer lieber schweigt, muss mit Forde-
28 rungsmaßnahmen konfrontiert werden.

Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!

Beschlusnummer 2018.I5
Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

1 Menschen mit Behinderung sind in Deutschland teilweise vom Wahlrecht ausgeschlossen. Nach
2 §13 Bundeswahlgesetz dürfen Menschen, denen zur Besorgung aller Angelegenheiten dauerhaft
3 eine Betreuerin oder ein Betreuer bestellt wurde, nicht an der Bundestagswahl teilnehmen. Eine
4 Betreuung erfolgt nach §1896, wenn eine Person infolge einer psychischen Krankheit oder einer
5 körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise
6 nicht besorgen kann. Das Wahlrecht von Personen mit Betreuer wird durch §3 Nr. 2 Niedersäch-
7 sisches Landeswahlgesetz und §48 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
8 ausgeschlossen. Gleiches gilt für das Wahlrecht zur Europawahl und das, obwohl auf europäischer
9 Ebene viel über die Rechte von Menschen Behinderungen entschieden wird.

10 Eine Abschaffung dieser Wahlrechtsbeschränkung ist überfällig. Seit 2009 ist die UN-
11 Behindertenrechtskonvention für Deutschland rechtsverbindlich und hat als Völkerrecht den
12 Rang eines Bundesgesetzes. Die Konvention sieht in Art. 29 auch politische Teilhabe vor. 2017
13 verabschiedete auch der Europarat eine Resolution. Eine Handlungsempfehlung an die Mitglieds-
14 staaten war die Abschaffung von Diskriminierungen auf Grund von Betreuung. Dem ist zu folgen,
15 wie es in einigen Bundesländern bereits getan wurde.

16 Die Notwendigkeit der Betreuung wird zwar von den Gerichten intensiv geprüft, die Frage der Fä-
17 higkeit zur politischen Willensbildung ist jedoch nicht Bestandteil der Prüfung. Der Wahlrechts-
18 ausschluss basiert also auf der Pauschalisierung, dass Menschen mit Betreuer zu einer Wahlent-
19 scheidung nicht in der Lage seien. Dies muss nicht zwingend der Fall sein und ist eine diskrimi-
20 nierende Annahme.

21 Einen Teil der Gesellschaft ohne sachlichen Grund vom Wahlrecht auszuschließen ist nicht demo-
22 kratisch und verhindert, dass die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe gehört werden. Gerade
23 kleinere und auch in anderen Bereichen von Diskriminierungen betroffene Teile der Bevölke-
24 rung sollten politisch teilhaben und somit ihre Rechte durchsetzen können. In Niedersachsen
25 sind 10.000 und in Gesamtdeutschland 81.000 Menschen betroffen.

26 Wir wollen mehr Teilhabe wagen und unterstützen deshalb ausdrücklich den momentan im Nie-
27 dersächsischen Landtag diskutierten Gesetzesvorschlag zur Abschaffung von §3 Nr. 2 Nieder-
28 sächsisches Landeswahlgesetz und §48 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungs-
29 gesetz.

30 Wir fordern, dass eine solche Gesetzesinitiative auch bald auf Bundesebene erfolgt, vor allem
31 auch im Hinblick auf die Europawahl 2019. Es sollte nicht über Menschen mit Behinderung, son-
32 dern mit ihnen entschieden werden.

Pfand gehört daneben – überall

Beschlusnummer	2018.I6
Antragsteller*innen	Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern eine deutschlandweite Strategie zur Umsetzung von Maßnahmen für eine geordnete
2 und frei zugängliche Pfandsammlung in Innenstadtbereichen und perspektivisch auch in klei-
3 neren Kommunen. Öffentliche Abfallbehälter sollen durch Pfandsammelstellen wie dem Pfand-
4 dring, dem Pfandregal oder anderen geeigneten Konstruktionen unabhängig von Abfallbehältnis-
5 sen aufgestellt werden, um so Pfandsammler*innen ihre Tätigkeit menschenwürdiger und unge-
6 fährlicher gestalten zu können.

Begründung

Die bundesweite Initiative „Pfand gehört daneben“ aus Hamburg hat eine Kampagne zur Vermeidung von bloßem Wegschmeißen von Pfandbehältnissen schon im Jahr 2011 gestartet und damit das Thema auf die Agenda gebracht. Pfandflaschen und -dosen landen noch immer zu häufig einfach in Mülleimern oder innerstädtischen Parkanlagen, werden entsorgt und einfach mit den anderen Mischabfällen verbrannt. Laut der Initiative werden so Pfandwerte in Höhe von 172 Millionen Euro jedes Jahr weggeworfen.²

Die konkrete Umsetzung der Idee, Pfand nicht einfach wegzuwerfen oder unter Mülleimer zu stellen, fand Paul Ketz mit seiner Realisierung eines sogenannten Pfandrings, den wir als Beispiel gerne aufführen. 2012 erhielt er für sein Projekt den Bundespreis ecodesign. Der Pfandring kann als „Add-on“ für bestehende Mülleimer gesehen werden. Sie werden bislang maßgefertigt und können an den Mülleimern direkt befestigt werden. Mit diesen Pfandrängen können Passant*innen ihre Dosen und Flaschen mit Pfandwert ohne zusätzlichen Aufwand direkt am Mülleimer in Halterungen stellen – und Pfandsammler*innen diese direkt dort wieder entnehmen. Städte wie Hamburg, Köln oder Bamberg haben diese Pfandringe bereits abgenommen.

Eine weitere Problematik kann mit solchen Systemen wie dem Pfandring ebenfalls verbessert werden: Die sich täglich auf den Straßen unterwegs befindenden Pfandsammler*innen werden bei ihrer Tätigkeit weniger Gefahren und Selbstdemütigungen ausgesetzt. Der blinde Griff in hunderte Mülleimer täglich zur Suche nach Pfandbehältnissen stellt nämlich in zweierlei Hinsicht ein Problem dar. Die Demütigung, in einen Eimer zu greifen, in den andere Mitmenschen ihre Abfälle hineingeworfen haben, kann aus den Städten verbannt werden, denn Menschenwürde hört nicht beim Pfandsammeln auf. Weiterhin sind die gesundheitlichen Gefahren beim Griff in einen Mülleimer nicht zu unterschätzen. Neben Viren und anderen Krankheitserregern sammeln sich nämlich auch spitze und scharfe Gegenstände in Diesen, die Verletzungen und Entzündungen nach sich ziehen können.

Wir sehen, Pfandsammelstellen in innerstädtischen Bereichen verbessern nicht nur die Rückführung von Pfandbehältnissen in ihre zugehörigen Recyclingkreisläufe, sondern helfen auch, die Tätigkeit von pfandsammelnden Menschen enorm zu verbessern und erleichtern. Der Aufwand

²Diese und weitere Informationen wurden der Webpräsenz der Initiative „Pfand gehört daneben“ entnommen: Vgl. <http://www.pfand-gehoert-daneben.de/> [Letzter Abruf 04.04.2018]

für die Etablierung dieser Konstruktionen wird sich im Verhältnis zu den Vorteilen ebenjener als gering einschätzen lassen. Nicht zuletzt setzt der Einsatz solcher Sammelstellen ein klares Zeichen gegen gegenwärtige Tendenzen, Pfandsammeln an bestimmten Orten wie Bahnhöfen oder Flughäfen zu kriminalisieren und möglichst zu erschweren – damit ist unserer Ansicht nach unter dem Strich niemandem geholfen.

Wir fordern daher: **Pfand gehört daneben – überall!**

Resolution: Hinaus gegen Rechtspopulist*innen – in Berlin und überall!

Beschlusnummer 2018.IN11

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

Weiterleitung an

1 Wir unterstützen Antifaschistinnen* und Antifaschisten in Ihrer praktischen Arbeit gegen Rechts-
2 populismus, Nationalismus, Faschismus und jegliches rechte und fremdenfeindliche Gedanken-
3 gut. Hierzu zählt insbesondere die aktive sowie die im Vorfeld der Mobilisierung dienende passi-
4 ve Zuarbeit an die jeweiligen Gruppierungen. Von Gegendemonstrationen bis Blockaden, für uns
5 steht fest: Kein Fußbreit den Faschist*innen.

6 Für den kommenden Sonntag rief der AfD-Bundesvorstand in Person des Ex-SPD Mannes Guido
7 Reil aus Essen zu einer Kundgebung mit dem Motto: „Zukunft für Deutschland“ auf. Seine Anhän-
8 ger*innen sollten in Berlin gegen die aktuelle Regierungspolitik auf die Straße gehen. Die Antwort
9 vieler Menschen in Berlin war wie bereits bei den zahlreich stattfindenden Montagsdemos und
10 „Merkel-muss-weg!“-Kundgebungen eindeutig - Bunter Widerstand gegen das rechte Gedanken-
11 gut der AfD. Insgesamt haben sich nunmehr 13 Gegendemonstrationen bei der Berliner Polizei
12 angemeldet um den Demonstrationzug der AfD kritisch zu begleiten. Von Tanzdemos bis hin zu
13 Sitzblockaden wird mit allem gerechnet um die Partei bei der Durchführung der Demonstration
14 zu stören. Neben diesem aktuellen Beispiel ist Antifaschismus allerdings etwas grundsätzlicheres
15 und in unseren Verband verwobenes.

16 Denn für uns ist klar: Neo-Nationalismus, rechtes Gedankengut und deren parlamentarisches
17 Sprachrohr die sogenannte „Alternative für Deutschland“ widersprechen unserer Auffassung von
18 freiem, selbstbestimmtem und gerechtem Leben sowie dem bei uns vorherrschenden System der
19 liberalen Demokratie. Die AfD befindet sich nicht im demokratischen Spektrum der verschie-
20 denen Meinungen, sondern verstößt mit ihrer menschenverachtenden Propaganda gegen den
21 Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes.

22 Jedoch darf es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleiben. Der Protest gegen den Rechtsruck soll
23 sich auf den Straßen wiederfinden. Egal in welchem Dorf, welcher Stadt oder welcher Region die
24 AfD aufmarschiert um ihre fremdenfeindlichen Gedanken zu äußern muss es heißen: Widerstand.
25 Es gibt kein ruhiges Hinterland. Egal in welchem Rahmen oder mit welcher Reichweite sie sich
26 äußert, egal wie sehr sie sich an den vermeintlichen Mainstream annähert oder die Mehrheits-
27 meinung sich nach rechts verschieben mag: Wir als internationalistischer und damit antifaschis-
28 tischer Richtungsverband dürfen nicht tatenlos zusehen. Mehr Nationalismus ist nicht die Lösung
29 und wird es niemals sein.

30 Aus diesem Grund ist unsere Botschaft folgende: Hinaus auf die Straßen und den Kampf der AfD!
31 Hoch die internationale Solidarität!

O – Organisation

SPD erneuern – Mitgliederstrukturen stärken

Beschlusnummer	2018.01
Antragsteller*innen	Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an	SPD-Bezirksparteitag

1 Wir fordern, dass im Rahmen der Erneuerungsdebatte innerhalb der SPD alle Ebenen zusammen-
2 arbeiten, um die Mitglieder aktiv in der politischen Arbeit zu verankern. Deshalb muss der Eintritt
3 in die Partei einfacher werden, die Mitarbeit inklusiv gestaltet werden sowie die Datenbank der
4 SPD immer auf dem aktuellsten Stand gehalten werden.

5 Aus diesen Gründen soll ein Leitfaden erarbeitet werden, in dem Richtlinien festgeschrieben wer-
6 den sollen, wie Mitgliederarbeit in der nahen Zukunft aussehen sollte.

7 Für uns bedeutet das konkret:

- 8 • Inklusiver und einfacher Einstieg in die Partei
- 9 • Kontaktmöglichkeiten von Mitgliedern und Interessierten an den Ortsverein (Kontaktinfor-
10 mationen zum Ortsvereinsvorstand sollte öffentlich sein)
- 11 • Kurzfristige Kontaktaufnahme vom Ortsverein beim Neumitglied
- 12 • Genoss*innen die Mitarbeit anzubieten und zu eigenständigen Arbeiten anzuregen
- 13 • Abfrage unter den Mitgliedern Zwecks der Möglichkeit von Teilnahme an Mitgliederver-
14 sammlungen der Genoss*innen (insbesondere zeitlich)
- 15 • Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sollten für alle, nicht nur Mandatsträger*innen,
16 zeitgünstig angeboten werden und auch bezahlbarer werden
- 17 • Aufbau eines Mentoring-Programmes für Kommunalpolitik und die Einbindung von Mitglie-
18 dern in die Vorstandsarbeit

Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.

Beschlusnummer 2018.O2
Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

1 Im Diskurs über die SPD erneuern werden viele und wichtige Neuerungen besprochen. Die Göttinger Jusos haben hierbei einen Schwerpunkt auf die Aus- und Weiterbildung der Genoss*innen gelegt.

4 Neben den vielen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Ortsvereinen, in den Räten, bei den Jusos und in den SPD-Gremien, fordern wir die Möglichkeit am Herz der Sozialdemokratie, in Berlin, im WBH, Praktika absolvieren zu können.

7 Das politische Berlin bildet momentan meist nur sich selber weiter und es ist schwer für Genoss*innen, außerhalb der „Blase Berlin“ einen Einstieg in das Arbeitsleben zu schaffen.

9 Die Erfahrungen und das Wissen was junge Genoss*innen aus dem WBH mitnehmen können ist immens und sollte nicht nur in Berlin bleiben, sondern auch den Landesverbänden und Bezirken zugutekommen.

12 Deshalb fordern wir, dass die Hälfte der angebotenen Praktikaplätze an Genoss*Innen aus Landesverbänden abseits Berlins vergeben werden. So haben die Berliner*innen trotzdem noch die Möglichkeit im WBH Erfahrungen zu sammeln, es besteht aber gleichzeitig eine Durchmischung der Praktikant*innen vor Ort und die restlichen Landesverbände sowie Bezirke haben die Möglichkeit junge und engagierte Genoss*innen zu entsenden und von den Erfahrungen aus dem WBH zu profitieren.

18 Der Parteivorstand wird hiermit aufgefordert die Aufwandsentschädigung für Praktikant*innen zu erhöhen um möglichst vielen Menschen ein Praktikum zu ermöglichen und gesellschaftlich mit einem positiven Beispiel voranzugehen. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit Unterkünfte vom Parteivorstand bereitgestellt werden können und ob ein Nahverkehrsticket der Berliner Verkehrsbetriebe bei Arbeitsantritt ausgegeben werden kann.

U – Umwelt und Verbraucher*innen-schutz

Mehr Recyclingpapier, statt illegaler Baumrodung!

Beschlusnummer 2018.U2

Antragsteller*innen Jusos UB Lüneburg

Weiterleitung an Landeskonzferenz, SPD-Landtagsfraktion

- 1 Wir fordern die grundsätzliche staatliche Förderung und Subventionierung von allen Produkten
- 2 aus 100 % recycelten Papier (sowie deren Produzent*innen). Ebenso fordern wir die ausschließli-
- 3 che Nutzung von Umweltpapier in allen Parteigremien der SPD.

Begründung

Die Hälfte unseres genutzten Papiers ist aus „neuem“ Zellstoff, welcher durch die Rodung von Wäldern entsteht. Dadurch zerstören wir Lebensraum für Pflanzen und Tiere und erhöhen langfristig den CO₂-Ausstoß. Das muss nicht sein, denn schließlich besteht die Möglichkeit recyceltes Papier zu nutzen, welches qualitativ gleichwertig ist. Außerdem lassen sich die Wasser und Energiekosten zur Produktion um 60 % senken (Zahlen nach Umweltbundesamt).

Wir sollten vorangehen und in unserer Partei ausschließlich auf Umweltpapier setzen und auch mittelfristig alle staatlichen Behörden, Privathaushalte und vor allem Unternehmen zum Umdenken bewegen! Deshalb ist ein reduzierter Mehrwertsteuersatz sinnvoll.

Europaweite Lebensmittelampel

Beschlusnummer 2018.U3

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress und SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern die europaweite Einführung einer sogenannten Lebensmittelampel. Diese soll auf al-
- 2 len verarbeiteten Lebensmitteln deutlich aufgeführt werden und in den Farben grün (unbedenk-
- 3 lich), gelb (bedenklich) und rot (ungesund) dargestellt werden. Es soll der Gehalt von Zucker, Salz,
- 4 Fett und gesättigter Fettsäure auf einer Grundlage von 100g ausgewiesen werden. Zusätzlich kön-
- 5 nen weitere gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe angegeben werden.

Begründung

Immer mehr Lebensmittel beinhalten gefährlich hohe Mengen an Zucker und Salz. Hinzu kommt das die Industrie diese mit undurchsichtigen Abkürzungen Kennzeichnet. Diese ungesunde Ernährung führt bei immer jüngeren Menschen zu Krankheiten, wie zum Beispiel Diabetes, die auch das Gesundheitssystem belasten. Eine Lebensmittelampel würde es ermöglichen ohne Fachwissen abschätzen zu können, wie ungesund oder gesund ein Produkt ist.

V – Verkehr

Erste-Hilfe-Kurse für Führerscheinbesitzer*innen wiederholen

Beschlusnummer 2018.V1

Antragsteller*innen Jusos UB Celle

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

- 1 Wir fordern eine regelmäßige, verpflichtende Wiederholung des Erste-Hilfe-Kurses für Führer-
- 2 scheinbesitzer*innen. Die Wiederholung sollte spätestens alle fünf Jahre erfolgen und soll kos-
- 3 tenlos sein. Die Kosten sollen anteilig von Bund und Ländern getragen werden.

Begründung

Erste-Hilfe kann Leben retten, dazu ist eine sichere Anwendung wichtig. Eine sichere Anwendung kann nur bei regelmäßiger Wiederholung sichergestellt werden. Auch nur so können neue Erkenntnisse und Verbesserungen im Bereich Erste-Hilfe an möglichst viele Menschen vermittelt werden. Bisher ist es so, dass Führerscheinbesitzer*innen nur einmal einen Erste-Hilfe-Kurs abgelegt haben müssen. Dadurch besitzen zwar alle Autofahrer grundlegende Kenntnisse in erster Hilfe, aber sie verblassen wieder sehr schnell und spätestens nach fünf Jahren ist so gut wie kein Wissen mehr vorhanden. In einer Notsituation steht auch der helfende unter großem Stress. Er ruft die meist lang zurückliegenden Kenntnisse nur sehr unsicher ab. Durch eine regelmäßige Wiederholung verfügen die Helfenden in Notsituationen über mehr Sicherheit.

Verkehrswende unterstützen – damit uns die Welt nicht davonfährt!

Beschlusnummer 2018.V2

Antragsteller*innen Jusos UB Hildesheim

- 1 Wir fordern eine attraktive Förderung alternativer Antriebsarten im Individualverkehr. Die or-
- 2 ganisierte Vorherrschaft von Verbrennungsmotoren im motorisierten Individualverkehr seitens
- 3 der Wirtschaft muss aufgehoben werden. Wir fordern ein Förderprogramm für Kommunen zum
- 4 Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau.
- 5 Wir fordern den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Ladestationen an Autobahnen.

Begründung

Neben dem öffentlichen Personennahverkehr hat der Individualverkehr weiterhin einen erheblichen Teil am Gesamtverkehr in Deutschland. Besonders außerhalb von Ballungsräumen fahren bis zu 90% der Menschen überwiegend mit dem Auto. Die Erhöhung des Anteils am ÖPNV und die Verbesserung des Angebotes bei attraktiven Preisen sollte weiterhin das Hauptziel darstellen. Dies soll durch diesen Antrag nicht in Abrede gestellt werden.

Alternative Antriebe, vorrangig Elektroautos, erhalten eine immer größere Bedeutung in der individuellen Mobilität. Wenngleich viele der Fahrzeuge auf Grund des Preises momentan noch eher für Besserverdienende bezahlbar sind gibt es auch schon einige günstige Modelle. Bisherige Förderprogramme, wie die Elektro-Prämie bieten eher Menschen einen Bonus, die sowieso ein (hochpreisiges) Elektrofahrzeug kaufen wollten. Einen Anreiz von einem Verbrennungsmotor umzusteigen bieten sie jedoch nicht. Daher sollte es attraktive Förderungen geben, den preislichen Unterschied zwischen emissionsfreien Fahrzeugen und anderen Fahrzeugen zum Beispiel durch Steuerentlastungen minimieren.

Warum ist die Steigerung alternativer Mobilität so wichtig?

Zum einen nutzen wir momentan für die Fortbewegung hauptsächlich fossile Brennstoffe, die mit der Zeit zur Neige gehen. Einen maßgebenden Teil spielen aber auch die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Faktoren.

Viele Länder (darunter Norwegen und China) gehen gerade Massiv zur Mobilität ohne Verbrennungsmotoren. Deutsche Autohersteller bieten hier jedoch bisher ein kaum konkurrenzfähiges Angebot. Die Förderung alternativer Antriebe steigert den Absatz solcher Fahrzeuge in Deutschland. Dadurch werden auch Autohersteller schneller neue Modelle auf den Markt bringen. Dies schafft Arbeitsplätze und macht Deutschland auch als Automobilexporteur weiterhin konkurrenzfähig.

Immer mehr Städte in Deutschland haben Probleme mit den Emissionen von giftigen Gasen. Zudem werden die Grenzwerte für NOX und CO2 in den nächsten Jahren noch weiter sinken. Ein erhöhter Anteil von emissionsfreien Autos senkt den Ausstoß dieser Gase in unseren Städten. Gleichzeitig geht dadurch der Fokus der Energiewende auf die Energiekonzerne über und Endverbraucher werden weniger stark (beispielsweise mit Fahrverboten) belastet. Durch diese Wende geht der Druck etwas gegen den Klimawandel zu tun zu einem Teil auf die Konzerne über.

Dadurch könnten zukunftsweisend die finanziellen Belastungen für Endverbraucher durch Neuanschaffungen gesenkt werden.

Einige dieser Argumente lassen sich auch analog auf Fahrzeuge mit Brennstoffzellen übertragen. Weiter sei ergänzt, dass zukunftsweisend auch Autos mit emissionsfreien Antrieben im ländlichen Raum, zu einer besseren Anbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr führen können, wenn die Autonomie im Fahrzeugverkehr entsprechend zuverlässig ist.

Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Pflicht

Beschlusnummer 2018.V3

Antragsteller*innen Jusos Region Hannover

Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag und SPD-Landesparteitag

- 1 Wir fordern barrierefreie Zugänge zu allen Bushaltestellen, Metro-Stationen, S-Bahnhöfen und
- 2 Bahnhöfen, sowie ein Markierungssystem für Busse und Bahnen (z.B. mit Symbolen der „leichten
- 3 Sprache“), laute Haltestellenansagen auch an Bushaltestellen, Straßenbahn- und Metrostationen,
- 4 sowie die Einführung von Fahrplänen in Braille-Schrift und Haltemarkierungen am Boden durch
- 5 Rillen, damit auch Menschen mit einer Sinnesbehinderung eine möglichst stressfreie Nutzung der
- 6 Verkehrsmittel ermöglicht werden kann.

Begründung

In unserem gesellschaftlichen Aktionismus, dem Streben nach Erfolg, verlieren wir oft unseren Blick auf Menschen, die unter ganz anderen Voraussetzungen ein Leben führen. Menschen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Krankheitsbildern begegnen uns immer wieder beim Einkaufen, am Bahnhof oder bei der Arbeit. Leider haben wir ein lückenhaftes Versorgungsnetz, um auch diesen Menschen die uneingeschränkte Teilhabe am Leben zu bieten. Deshalb fordern wir barrierefreie Zugänge zu allen Bushaltestellen und Bahnhöfen, sowie ein Markierungssystem für Busse und Bahnen (z.B. mit Symbolen der „leichten Sprache“), laute Haltestellenansagen auch an Bushaltestellen, sowie die Einführung von Fahrplänen in Braille-Schrift und Haltemarkierungen am Boden durch Rillen, damit auch Menschen mit einer Sinnesbehinderung eine möglichst stressfreie Nutzung der Verkehrsmittel ermöglicht werden kann. Gerade die öffentlichen Verkehrsmittel sind für viele Menschen, von Krankheit betroffen oder auch nicht, der Zugang zur Gesellschaft.

Verkehrsschilder fürs 21. Jahrhundert

Beschlusnummer 2018.V4

Antragsteller*innen Jusos UB Göttingen

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, Bundesverkehrsministerium

- 1 Wir fordern, dass die Straßenverkehrsordnung (StVO) dahingehend geändert wird, dass diese
- 2 Gender-neutral gestaltet wird. So sollen u.a. die Verkehrsschilder verändert werden, aber auch
- 3 der Gesetzestext. Dies betrifft alle neu aufzustellenden Verkehrsschilder. Alte Verkehrsschilder
- 4 sollen binnen 10 Jahren ausgetauscht werden.

Begründung

Auch im Straßenverkehr wird ein veraltetes Weltbild unter anderem in Form von Straßenschildern gelebt. So geht eine Mutter im Kleid mit einem Kind an der Hand und soll Fußgänger*innen symbolisieren. Es gibt nur Anlieger und Bewohner und auch nur von Verkehrshelfern und Reitern ist auf den Schildern zu lesen.

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und treten seit Jahren für genderechte Sprache ein. Wir wissen, dass Sprache das Bewusstsein bestimmt und beeinflusst – deshalb sollten wir uns in allen Lebensbereichen dafür einsetzen, dass gegendert wird, so auch im Straßenverkehr.

W – Wirtschaft, Finanzen und ländlicher Raum

Legale Steuerhinterziehungen auf dem Wohnungsmarkt verbieten

Beschlusnummer 2018.W1

Antragsteller*innen Jusos UB Celle

Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

- 1 Die Bezirkskonferenz fordert, dass sich die SPD dafür einsetzen soll, Steuerschlupflöcher auf dem
- 2 Wohnungsmarkt, wie sie zum Beispiel bei den sogenannten „Share Deals“ genutzt werden, ge-
- 3 stopft werden.

Begründung

In Zeiten niedriger Zinsen sind Immobilien Investitionsziel Nummer Eins. Nationale wie internationale Unternehmen investieren in den deutschen Immobilienmarkt. Im vergangenen Jahr sind 59,4 Milliarden € in den Kauf deutscher Gebäude geflossen (knapp dreimal so viel wie 2010). Mit 30,2 Milliarden € kam mehr als jeder zweite Euro 2017 von ausländischen Kapitalgebern. Recherchen der Wochenzeitung „Die Zeit“ nach werden ganze Wohnblocks heute „gehandelt wie Straßen und Häuser bei Monopoly“, die Wohnungen der Bewohner sind Objekte für Spekulanten. Dazu kommt, dass es immer weniger Wohnraum vom Staat gibt, weil dieser sich schon vor langem aus dem sozialen Wohnungsbau verabschiedet hat. Angeheizt von dem Wettbewerb der großen Investoren und dem geringen Angebot von Wohnungen bei steigender Nachfrage nach diesen, steigen die Immobilienpreise und die Mieten. Profit machen die Unternehmen. Das Gemeinwesen hingegen profitiert kaum oder wird in vielen Fällen sogar regelrecht betrogen, auch, weil Problematiken, wie die folgende, vom Gesetzgeber nicht verhindert werden:

Beim Kauf einer Immobilie wird von Käufern eine Grunderwerbsteuer erhoben. Dass die steuerlichen Regelungen offensichtlich jedoch nicht für alle gelten, zeigt folgendes Beispiel aus der Zeitschrift „Die Zeit“ vom 11. Januar 2018: Das Unternehmen „Deutsche Wohnen“ erwarb zuletzt ein Paket von 3900 Wohnungen, überwiegend Altbauwohnungen in zentraler Lage. Der Preis: 655 Millionen. Normalerweise würde bei einem solchen Geschäft eine Grunderwerbsteuer in Höhe von sechs Prozent fällig, also gut 39 Millionen Euro, die Berlin dann zum Beispiel in den Bau von Sozialbauwohnungen hätte stecken können. Aufgrund eines Share Deals ging die Stadt jedoch leer aus. Hierbei werden die Wohnungen nicht direkt gekauft, sondern zunächst in eine Gesellschaft, beispielsweise eine GmbH und Co.KG, eingebracht. Dann erwirbt der Käufer die Mehrheit der Anteil an der Gesellschaft, in der Regel 94,9 Prozent. Der Grund: Solange der Käufer weniger als 95 Prozent der Anteile erwirbt muss er keine Grunderwerbsteuer zahlen.

Gegen die Politik einer „Schwarzen Null“

Beschlusnummer	2018.W2
Antragsteller*innen	Jusos Region Hannover
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

1 Die Jusos fordern hiermit,

- 2 • eine Umverteilung der Haushaltsmittel zugunsten einer zukunftsorientierten und genera-
3 tionengerechten Investitionsoffensive.
- 4 • die SPD möge sich zu einer aktiven nachfrageorientierten Haushalts- und Finanzpolitik be-
5 kennen und klar das Ziel der Stärkung des deutschen Binnenmarkts verfolgen. Die SPD möge
6 sich für die Erhöhung der Einnahmen im Staatshaushalt einsetzen, zum Beispiel durch eine
7 reformierte Kapitalertragssteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer.
- 8 • die SPD soll dazu für eine Wirtschaftspolitik eintreten, die einen Abbau deutscher Handels-
9 bilanzüberschüsse zur Folge hat und sich einsetzen für eine dauerhafte Einhaltung des, im
10 Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verankerten, Ziels
11 eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.
- 12 • die SPD soll ermöglichen, dass durch Investitionen des Staates auch antizyklische Wirt-
13 schaftspolitik betrieben werden kann.
- 14 • bis zur Einführung geänderter gesetzlicher Grundlagen soll sich die SPD dafür einsetzen, die
15 auch im Zuge der „Schuldenbremse“ verbliebenen Kreditaufnahmemöglichkeiten des Bun-
16 des voll auszuschöpfen, um den riesigen infrastrukturellen Modernisierungstau abzubauen.
17 en.

Begründung

Durch die Neuregelungen der Staatsverschuldung im Jahr 2009 (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d Grundgesetz - GG) wird für Bund und Länder der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts festgeschrieben. Für den Bund ist ein strukturelles Defizit 0,35 vom Hundert des Bruttoinlandsproduktes möglich, für die Länder ist nicht mal diese geringe Verschuldung erlaubt. Die vollständige Einhaltung der neuen Grenzen betrifft den Bund seit dem Jahr 2016 und ist für die Länder spätestens ab dem Jahr 2020 obligatorisch. Einige Verfassungsrechtler sehen sogar eine faktisch frühere Umsetzung geboten. Einige Länder haben diese sog. Schuldenbremse zusätzlich in ihre Landesverfassung übernommen und ggf. schon frühere Anwendungszeitpunkte festgelegt. Die dahinterstehende Politik wird im Allgemeinen auch als "schwarze Null" bezeichnet, da die Haushalte Ausgaben im Wesentlichen nur noch mit "echten" Einnahmen ausgleichen dürfen.

Sog. Schuldenbremsen ergeben sich mittel- oder unmittelbar auch aus europäischem Recht. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union verpflichten sich die Mitgliedsländer grundsätzlich zu einer Neuverschuldung von maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und einem maximalen Schuldenstand von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Durch den Europäischen

Fiskalpakt vom 2.3.2012 wurden diese Regelungen weiter konkretisiert und Sanktionen bei Nichteinhaltung vereinbart. Länder, deren jährliche Neuverschuldung (bereinigt um konjunkturelle Defizite) 0,5 % des jeweiligen BIP oder deren Gesamtschuldenquote 60 % des BIP überschreitet, verpflichten sich, ihre Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme mit Maßnahmen zum Abbau der Verschuldung der EU-Kommission und dem Europäischen Rat vorzulegen und von diesen genehmigen zu lassen.

Sowohl die nationalen Regelungen zur Schuldenbremse, als auch die europäischen Regelungen sind abzulehnen, da

- auf fehlerhaften ökonomischen Annahmen basieren,
- mittelfristig eine weitgehende finanz- und steuerpolitische Selbstentmachtung der Parlamente und Regierungen darstellen und demokratische Prozesse zunehmend dysfunktional (erscheinen lassen) werden und daher demokratiegefährdend wirken, bzw. ein tiefes Misstrauen gegen demokratische Prozesse offenbaren,
- sich hieraus mittelfristig ein Angriff auf den Sozialstaat ergeben dürfte, der sich insbesondere dadurch verstärken dürfte, da
- die Einnahmeseite (insbesondere im europäischen Kontext) völlig unbeachtet bleibt und von internationaler Seite (z.B. OECD) sogar regelmäßig noch der Ruf nach Steuersenkungen ertönt und
- Anreize zum Unterlassen wichtiger Zukunftsinvestitionen schaffen,
- Anreize zu immer weiterer Privatisierung und weiteren teuren ÖPP-Modellen schaffen,
- das zentrale Ziel der Zukunftsvorsorge einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand reduziert und damit unterkomplexe Steuerungsziele verfolgt werden,
- insgesamt damit gerade das Gegenteil von Generationengerechtigkeit bewirken

Ferner führt die in den letzten Jahren durchgeführte Haushaltspolitik der schwarzen Null bzw. der Haushaltskonsolidierung zu

- einem gigantischen Investitionsstau,
- zu einer völligen Exportfixierung der deutschen Wirtschaft,
- zu einem historischen Außenhandelsungleichgewicht, welches den Wohlstand Deutschlands und Europas massiv bedroht.

Die Kritik an der Konsumkritik

Beschlusnummer 2018.W3

Antragsteller*innen Bezirksvorstand

1 Die Konsumkritik ist ein Trend in der linken Szene, der immer mal wieder auftaucht und sich
2 als Stigma („Es fängt bei jede*r Einzelnen an“) breitmacht. Die Theorie ist simpel: Du bist die*der
3 Herr*in über deinen Konsum und du entscheidest über das was du kaufst. Also bist du auch für
4 die Kinderarbeit in deinen Turnschuhen, den Pestiziden auf deinem Salat und vor Allem dem
5 Tierleid auf der ganzen Welt verantwortlich, weil du gestern eine Bratwurst gegessen hast.

6 Jede*r soll die Welt durch ihren*seinen Konsum ein wenig besser machen, weil man im besten
7 Fall gleich auf alles verzichtet.

8 Natürlich scheint es auf den ersten Blick sinnvoll, bewusst zu konsumieren. Wenn ich es mir leis-
9 ten kann 30ct pro Ei mehr auszugeben, damit ich mir sicher sein kann, dass das Huhn auf einem
10 Bilderbuch-Bauernhof lebt und viel Freifläche zum herumtollen hat, klingt das gut. Und neben
11 dem Huhn kann ich mich auch noch selbst beim Eierkauf freuen, was ich für ein wundervoller
12 Mensch bin, der gerade die Welt verbessert hat.

13 Aber was für eine Ideologie steckt dahinter?

14 Es ist schlicht und einfach die liberale Marktwirtschaft. Es geht nicht um Produktionsstandards, die
15 verbessert werden, nicht um Gesetze, die Kinderarbeit verbieten. Die Ideologie der Konsumkritik
16 sagt: du hast einen freien Markt und kannst entscheiden, was du kaufen möchtest.

17 Doch was ist mit den Menschen, für die dieser Markt nicht so frei ist? Die sich auf Grund des
18 Preises nicht frei entscheiden können? Oder sie auf dem Land wohnen und nicht schnell in die
19 S-Bahn steigen können, sondern auf das luftverpestende Auto angewiesen sind? Für diejenigen
20 bleibt nur noch übrig sich damit abzufinden, dass der Rest ihres Freund*innenkreis sie für den
21 Untergang der Welt verantwortlich macht.

22 Kraftklub sang so schön „Mit 390 Euro Hartz kommt man nicht weit im Bio-Markt“ und löst da-
23 mit genau die richtige Debatte aus. Denn bei der Konsumkritik kann nur die*jenige mitmachen,
24 die*der es sich auch leisten kann.

25 Eine marxistische Kritik am Konsumverhalten muss sich aber an die Gesamtbevölkerung rich-
26 ten. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Welt durch Gesetze besser machen und nicht auf die
27 hippen Ideen einer kleinen privilegierten Gruppe hoffen.

28 Wir lehnen die Konsumkritik daher ab und fordern eine gerechtere Welt für alle!

29 Wir wollen nicht das Bio-Karotten-Dinkel-Brot – Wir wollen immer noch die ganze Bäckerei!

Genossenschaftliche Wirtschaft fördern

Beschlusnummer	2018.W4
Antragsteller*innen	Jusos UB Göttingen
Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

- 1 Wir fordern, die Körperschaftssteuer für alle eingetragenen Genossenschaften (eG) im Sinne des
- 2 §1 GenG , bei welchen die Mehrheit der Arbeitnehmer*innen stimmberechtigte und ertragsbe-
- 3 rechtigte Genossenschaftsmitglieder sind, abzuschaffen und staatliche Instrumente zur Förde-
- 4 rung von Produktivgenossenschaften zu implementieren.

Begründung

Darstellung der gegenwärtigen Situation

Die Rechtsform der Genossenschaft zeichnet sich durch das Ziel aus, [...] den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern [...] (nach §1 GenG). Damit stellt die genossenschaftliche Wirtschaftsform eine notwendige Verknüpfung zwischen ökonomischer Wertschöpfung und gleichzeitiger Berücksichtigung sozialer und potentiell auch ökologischer Interessen dar. Sie ermöglicht es ihren Mitgliedern, gleichberechtigt an Gewinnen ihrer Arbeit teilzuhaben und demokratisiert zusätzlich die Produktionsprozesse, sofern es sich um eine Produktivgenossenschaft handelt.

Derzeit sind in Deutschland nur land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften sowie Wohnungsbaugenossenschaften und Genossenschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Deichgenossenschaften) von der Körperschaftssteuer befreit.

2016 waren in der BRD 5664 Genossenschaften eingetragen (DGRV), die sich in unterschiedliche wirtschaftliche Branchen engagieren. Die Verteilung der Einzelgenossenschaften auf die Wirtschaftssektoren zeigt jedoch eine deutliche Abweichung von dem entsprechenden Anteil der Sektoren sowohl an der Anzahl der Beschäftigten als auch an dem Anteil des jeweiligen Sektors am BIP. So sind Genossenschaften eine verhältnismäßig häufige Rechtsform im Kreditwesen (Volksbanken), in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion und im Einzelhandel (als gewerbliche Genossenschaften, z.B. EDEKA, REWE). Unterrepräsentiert dagegen sind das Handwerk und die verarbeitende Industrie.

Kritik an der gegenwärtigen Situation

Während die deutsche Wirtschaft kontinuierlich über die vergangenen Jahre (seit 2010, s. Bericht des Statistisches Bundesamt) wächst und gleichermaßen die oberen Einkommen zunehmen, trifft dies auf die unteren Einkommen nicht zu. Die wachsende Differenz der Einkommen befördert eine Desintegration gesellschaftlicher Schichten und ist Ausdruck der Entkopplung von Arbeit und Lohn. Privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen lassen diejenigen, die wirtschaftlichen Mehrwert erarbeiten, nicht am Gewinn der Arbeit teilhaben und bevormunden Arbeitnehmer*innen in abhängiger Beschäftigung, weil wirtschaftliche Entscheidungen von den Eigentümer*innen gefällt werden und nicht von allen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Die gegenwärtigen politischen Spannungen können vor diesem Hintergrund auch als eine Folge der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1990er und 2000er Jahre verstanden werden und fordern eine fundamentale Umkehr in ebendiesen Politikfeldern.

Genossenschaftlich organisierte Betriebe stellen, wie oben dargestellt, eine gute Möglichkeit dar, die Beschäftigten an Entscheidungen an ihren Arbeitsplatz und an dem Gewinn ihrer Arbeit teilhaben zu lassen. Insbesondere in den Bereichen Handwerk und industrielle Produktion finden sich jedoch sehr wenige Genossenschaften. Durch die hohen finanziellen und organisatorischen Belastungen bei der Gründung von Genossenschaften stellen sich diese im Vergleich zu Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit begrenzter Haftung konkurrenzschwächer dar.

Lösungsansätze

Genossenschaften ermöglichen es, durch die partizipative Eigentumsstruktur Gewinne gerechter zu verteilen und gleichzeitig die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz auszuweiten. Sie setzen das demokratische Prinzip auch in wirtschaftlichen Belangen um und weiten die Funktion eines Unternehmens von der rein ökonomischen Aufgabe auf soziale und kulturelle Aspekte aus.

Die ILO (International Labour Organization) gibt das Genossenschaftsmodell als zukunftsweisend für eine nachhaltige (weil sozial und ökologisch nachhaltig) und innovative Wirtschaft an. Sie sei weniger von negativen Konjunkturschwankungen beeinflusst und ermögliche daher sicherere und besser bezahlte Arbeitsplätze als Kapitalgesellschaften. Besonders in wirtschaftlich schwachen Gegenden können Genossenschaften die regionale Wirtschaft maßgeblich positiv beeinflussen (Genossenschaften als Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung, ILO 2014). Außerdem engagieren sich schon heute Genossenschaften in innovativen und alternativen Projekten (erneuerbare Energien, ...), weil ihre Aufgaben über rein wirtschaftliche Interessen hinaus gehen.

Durch eine steuerliche Bevorzugung von Genossenschaften durch den Wegfall der Körperschaftsteuer würden Genossenschaften deutliche wirtschaftliche Vorteile im Vergleich zu anders organisierten Unternehmen erlangen. Zusätzliche staatliche Gründungskredite und Beratungsangebote könnten Neugründungen für Genossenschaften besonders auch in traditionell privatwirtschaftlichen Branchen fördern. Dadurch können nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – auch in Industrieländern wie Deutschland – und eine ausgeglichene Einkommensverteilung und damit verbundene soziale Gerechtigkeit erreicht werden.

Antworten auf die Fragen von Morgen liefern

Beschlusnummer 2018.W7

Antragsteller*innen Jusos UB Holzminden

1 Der Juso Bezirk Hannover muss sich künftig stärker auf Zukunftsthemen fokussieren und poli-
2 tische Antworten für ein solidarisches Miteinander in der Gesellschaft der Zukunft liefern. Zwar
3 gibt es immer wieder aus vereinzelt Unterbezirken Initiativen, die aus lokaler Betroffenheit be-
4 sonders Einzelaspekte hervorheben, jedoch stellen diese Initiativen zumeist kein umfassendes
5 überregionales Konzept dar.

6 Bereits heute hat unser Verband keine umfassenden Antworten für Probleme des ländlichen
7 Raums. Probleme, die z.T. in Zukunft auch die Stadt ereilen werden.

8 Besonders kommunale Ebenen sind in einem extremen Wandel und brauchen eine deutliche
9 verbesserte Rahmenbedingungen

10 Dazu zählt unter anderem:

- 11 • Was zählt alles zur Daseinsvorsorge und wie stellen wir diese bereit?
- 12 • Wie können auch in Zukunft noch freiwillige Leistungen in abgehängten Kommunen zustan-
13 de kommen?
- 14 • Wie stellen wir sicher, dass Kommunen auch in Zukunft gute Arbeitgeber sein können?
- 15 • Wie sichern wir, dass Besteuerung dort stattfindet, wo die Arbeit geleistet und das Produkt
16 abgesetzt wird?
- 17 • Welche Herausforderungen und Chancen, sowie persönliche Datenschutzprobleme bieten
18 sich durch Smart City und Smart Country?
- 19 • Wie sieht die Mobilität der Zukunft aus und wie können wir diese bereitstellen, sodass alle
20 Menschen angebunden sind? Wie individuell können kollektiv bereit gestellte Mobilitätsan-
21 gebote werden?
- 22 • Wer die Gigabit und Funklochfreie-Gesellschaft will muss auch die letzten Meilen und wei-
23 ßen Flecken überwinden. Wie gewährleisten wir das?
- 24 • Wie können wir gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land gewährleisten?
- 25 • Wie stoppen wir Leerstand und Verfall auf Seite des ländlichen Raums und Überfüllung
26 und Luxussanierung auf Seite des städtischen Raums? Welche steuernden Elemente müs-
27 sen überregional ergriffen werden?
- 28 • Wie lösen wir die Problematik, dass höhere Ebenen immer mehr Verantwortung und Pflicht-
29 aufgaben an die Kommunen abgeben und Kommunen anschließend damit alleine lassen?

30 Diesen Fragen möchte und müssen wir uns jedoch stellen. Gerechtigkeit lässt sich nur erreichen,
31 wenn wir es auch schaffen in Stadt und Land und für alle Menschen gleichwertige Lebensverhält-
32 nisse zu schaffen. Für eine progressive und zukunftsgerichtete Politik ist es daher notwendig, dass
33 wir eine klare Vision für das Leben außerhalb der großen Ballungszentren haben.

34 Daher wird zeitnah eine Kommission vom Bezirk und seinen Unterbezirken eingesetzt werden,
35 die sich in einem partizipativen Prozess mit den Fragestellungen und Herausforderungen ausein-
36 andersetzt und bis zur nächsten Bezirkskonferenz Antwort skizzieren soll. Diese Antworten sollen
37 dabei nicht nur inhaltlicher Natur sein, sondern auch aufzeigen, wie wir in unserer Arbeit als Ju-
38 sos Bezirk Hannover organisatorisch und strukturell mit dem Gefälle zwischen Stadt und Land
39 umgehen werden (s. Antrag W8).

Begründung

Ignorieren wir die Fragen der Zukunft und verpassen die Erarbeitung der Antworten findet die Zukunft ohne unseren Verband statt!

Rücksicht gegenüber der Fläche!

Beschlusnummer 2018.W8

Antragsteller*innen Jusos UB Holzminden

1 Das Grundverständnis des Juso-Verbands sollte sein, dass allen Jusos ein Mitwirken ermöglicht
2 und erleichtert wird und die Formate so gewählt werden, dass den Lebens- und Wohnsituationen
3 gerecht wird. Als Jusos Bezirk Hannover sind wir eine Flächenorganisation und müssen dieser
4 auch gerecht werden. Gerade in ländlichen Gebieten ist die Struktur der Mitgliedschaft eine an-
5 dere als in urbanen Gebieten. Es sind mehr Menschen in regulären Beschäftigungsverhältnissen,
6 weshalb ein großer Anteil des Tages nicht zur freien Verfügung steht. Es gibt kaum Studierende
7 (Zumindest kaum welche die auch tatsächlich noch vor Ort Wohnen), die Mitglieder haben dem-
8 nach keinen Zugang zu studentischen Semestertickets und Vergünstigungen und Unterbezirke
9 haben niedrige Etats. Ein Mitwirken oder „eben mal nach Hannover fahren“ kann also mit viel
10 Aufwand, Kosten und Mühen verbunden sein, wird aber immer selbstverständlich erwartet.

11 Dass Veranstaltungsformate rotieren und Vorstandssitzungen auch vermehrt in der Fläche statt-
12 finden wird mit Argwohn betrachtet und zum Teil sogar verächtlich weggeschoben, da ja diese
13 Ziele so schlecht erreichbar seien. Demnach werden diese auch nur sehr gering frequentiert. Spä-
14 testens aus diesen Erfahrungen sollte eine Nachvollziehbarkeit des umgekehrten Falls gezogen
15 werden können.

16 Auf diese Herausforderungen möchten und müssen wir als Jusos Bezirk Hannover Antworten
17 finden.

18 Daher wird zeitnah eine Kommission vom Bezirk und seinen Unterbezirken eingesetzt werden,
19 die sich in einem partizipativen Prozess mit diesen Themen auseinandersetzt und bis zur nächs-
20 ten Bezirkskonferenz Antwort skizzieren soll. Diese Antworten sollen dabei nicht nur inhaltlicher
21 Natur (s. Antrag W7) sein, sondern auch aufzeigen, wie wir in unserer Arbeit als Jusos Bezirk Han-
22 nover organisatorisch und strukturell mit dem Gefälle zwischen Stadt und Land umgehen wer-
23 den.

